

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 10 (1981)
Heft: 7

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das letzte Konzept

DIE MONATSZEITUNG

Zusehen, wie alles zusammenklappt

Seite 4/5



Ninety-nine

Dieses letzte «konzept» ist eine studentische Nummer. Schwerpunkte sind studentenpolitische und wissenschaftsideologische Fragen. Diese Wahl rechtfertigt sich durch das Bedürfnis, die Geschichte des eigentlich studentischen Kindes «das Konzept» abzurufen. Es geht um eine Zwischenbilanz: der VSS und einzelne Studentenschaften der Deutschschweiz haben das Wort. Alle haben in ihren Stellungnahmen auf ausführliche Retrospektiven verzichtet, versuchen dagegen, kritisch den Status quo festzuhalten und Linien für eine mögliche Politik der Zukunft zu entwickeln.

Es entsteht ein genaues, fassbares Bild der Misere, welche alle an irgendeiner Stelle der Studentenpolitik engagierten Häupter umnebelt. Ist es das Bild eines Scherbenhaufens? Ist die Studentenbewegung endgültig am Boden? Haben Stimmen aus der unabhängigen linken Intelligenz, die vor dreizehn bzw. fünfzehn Jahren manches ins Rollen gebracht haben, als Träger avantgardistischer Ideen abgedankt? Es sieht so aus. Die entscheidenden Kämpfe in unseren Städten finden auf der Strasse statt, militanter als 68. Mit dieser Entwicklung einher geht der Prestigeverlust der Universitäten und der Wissenschaften überhaupt. Warum das so sein könnte, kommt in dieser Nummer im Interview mit Professor Löffler zur Sprache. Es geht um den Clinch, in dem sich heute eine kritische Wissenschaft befinden muss, insbesondere eine kritische Sozialwissenschaft. Das «Für wen?» und das «Durch wen bezahlt?» stehen auf Kriegsfuss miteinander. Alte und neue Werte geben sich die Tür in die Hand. Bleibt vorerst nur Zynismus?

Jedenfalls: die steigende Militanz der heute Bewegten ist historisch folgerichtig, weil der politische Gegner aus den Erfahrungen der 68er Zeit dazugelernt hat und weniger leicht aus der Reserve zu locken ist. Weil die Widersprüche andererseits nicht abgemessen haben, muss Kritik und Widerstand radikaler ablaufen.

Für Studenten bleibt da nur die Wahl: Rückzug ins Innenleben oder Mitemachen auf der Gasse. Das Betätigungsfeld Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb im Sinne von Engagement ist gänzlich unattraktiv. Der Zukunft einer studentischen Funktionspolitik (auch im guten Sinn), die anstrebt, möglichst viele Positionen in Gremien zu halten, sind somit vermutlich enge Grenzen gesetzt.

Wie der untenstehende Beitrag zu erläutern sucht, ist der Misere zum Trotz eine Zukunft für die studentische Presse denkbar und machbar. Aus dem Umstand, dass immer mehr Studenten durch den Fleischwolf Hochschule gedreht werden, ergibt sich ein nicht zu leugnendes Spannungsfeld. Die Aufgabe eines neuen nationalen Studentenblattes kann nur sein, möglichst offen Standpunkte innerhalb dieses Spannungsfeldes zu sichten. «das Konzept» Nr. 99 hofft, die Debatte anzuregen.

Jürg Fischer

verlangt. Und so brachte es ein Delegierter fertig, einen Antrag zu stellen, der bereits festlag, was zu wie vielen Prozentanteilen in der neuen Zeitung zu erscheinen habe. Peinlich, aber wahr, der Antrag wurde angenommen! Doch wo ein Antrag ist, ist auch ein Rückkommensantrag, der nächste Delegiertenrat findet am 7. Juli statt.

Wer ist der Böse?

Oder warum sind wir in dieser wichtigen Angelegenheit noch nicht über ein Lippenbekenntnis hinausgekommen? Wenn man sich vor Augen hält, durch wie viele Mühen dieser Entscheidungsprozess gedreht werden musste – da wären der Herausgeberverein «das Konzept»,
Fortsetzung auf Seite 2

Wie weiter mit der studentischen Presse?

«das Konzept» ist tot, es lebe der, die, das . . . ?

«das Konzept» ist weg. Niemand kann behaupten, dass ihm diese Tatsache völlig überraschend trifft. Bedauerlich ist lediglich, dass die Studentenschaften heute im Grunde genommen über das Konstatieren dieses Sachverhaltes noch nicht herausgekommen sind. Immerhin: im Herbst 81 wird ein neues Projekt gestartet.

Als die «konzept»-Redaktion im letzten Jahr den im Herausgeberverein zusammengeschlossenen Studentenverbänden VSS, VSETH und VSU den Entwurf für einen Geschäftsübernahmevertrag vorlegte, war dies der schriftliche Ausdruck der grossen Distanz, die zwischen den Partnern klappte. Das Problem liess sich damals aufschieben, indem die Studentenschaften ihre Zustimmung verweigerten. Die anschliessende Neuaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel einer paritätischen Herausgeberschaft war nur ein Zwischenspiel: die Redaktion wollte weg, und die «Bewegung» hatte gezeigt, dass nicht nur die Gründung von neuen Zeitungen möglich war, sondern auch ihr Verkauf. Der Name «konzept» wurde dazu nicht mehr gebraucht, eher im Gegenteil.

Somit war, als sich im Februar 81 das Gerücht bestätigte, dass die «konzept»- und andere Macher die Herausgabe der «WoZ» (WoZ) auf Herbst 81 planen, der Sachzwang perfekt:

– Weil die «konzept»-Redaktion den Kern der neuen WoZ-Redaktion bildet, war klar, dass mit ihnen das «konzept»-bisherige Machart verschwinden würde – nichts lag näher und es war inhaltlich (nicht unbedingt formell) auch gerechtfertigt, dass die WoZ als «konzept»-Nachfolge angepriesen wurde.

Das hiess für die Studentenschaften: – Zusehen, dass sie finanziell aus dem Schneider kommen (wie alle linken Blätter wurde auch «dk» auf Vorschuss produziert)

– sich für die Neugestaltung eines universitären Austauschorgans oder -systems, dessen Notwendigkeit unbestritten ist, eine möglichst gute Ausgangslage zu sichern

– die ganze Angelegenheit zügig anzugehen, wollten sie doch schon damals keine Präsenz- und Informationslücke an den Hochschulen aufkommen lassen, Start also ebenfalls im Herbst 81.

Da die alte «konzept»-Redaktion ihre Verbundenheit mit «ihrer» Zeitung nicht abstreifen wollte «wie eine Schlangeenhaut» («dk» Nr. 4, April), ihre Sachzwang-Politik auch bei ihnen selbst nicht nur gute Feelings hinterliess, erklärten sie ihre Bereitschaft für konstruktive Lösungen und legten den Studentenschaften innerhalb einer Woche die Tandem-Variante (eine Art gegenseitige Geburtshilfe) vor.

Eine Unzahl von Sitzungen hat seither stattgefunden, nach dem VSS-Delegiertenrat vom 17. Juni lässt sich eine erste Bilanz ziehen:

– Dies ist die letzte alte «konzept»-Nummer, der Herausgeberverein wird auf Ende Juli liquidiert, die Namensrechte gehen an den VSS

– trotz grossem Lamento seitens der Studentenschaften über «insinuierte» Nachfolgerechte der WoZ an «dk» ist vereinbart worden, dass die WoZ die «konzept»-Schulden übernimmt, womit sie eben die «insinuierte» Nachfolge abgibt

– die WoZ-Leute haben soeben ihre 0-Nummer vorgelegt, im Herbst geht's los.

Die «technischen» Fragen sind somit gelöst. Wie geht es nun weiter mit der studentischen Presse?

– Als erstes wurde die Tandem-Variante (Erscheinen einmal monatlich als Beilage zur WoZ) verworfen, die Begründung war nie sehr rational («mit denen nicht mehr»), die sich daraus möglicherweise ergebenden Vorteile wurden nicht berücksichtigt

– die Variante Info-Pool, angehängt dem VSS, der die lokalen Organe mit Informationen versorgt, wurde als zu wenig attraktiv verworfen, zudem ist der VSS selbst in den Sektionen relativ schlecht verankert

– also wurde beschlossen, im Herbst trotz allem wieder mit einer eigenständigen Zeitung zu starten, ob in Zürich à la «zürcher student» produziert, dort diesem beigegeben und an den anderen Unis etc. separat aufgelegt oder in eigenständiger Form (evtl. unter Beizug der Westschweiz), ist noch offen.

Auch hier ergibt also der dringende Aufruf an Leute der verschiedenen Unis, Technika usw., die Ideen und Punch haben, so ein Projekt auf die Beine zu stellen, sich bei ihren lokalen Studentenschaften, den lokalen Zeitungen oder beim VSS zu melden. No conditions.

Ist damit alles gelöst . . . ?

Oberflächlich, bestenfalls. Wie aus der Gegenüberstellung «Ausgangslage» vorläufige Zwischenbilanz» ersichtlich, haben sich, ihrer Natur gemäss und trotz allerhand intellektuellen Purzelbäumen ZGB-schulter Studentenfunktionäre und trotz der Ankündigung des VSETH, den vereinbarten Deal (WoZ übernimmt

«konzept»-Schulden) zu boykottieren, vor allem einmal die Sachzwänge durchgesetzt. Die inhaltliche Diskussion über die Nachfolge-Varianten hatte mehr den Charakter einer Negativauslese: das wollen wir nicht, das auch nicht und dies schon gar nicht. blieb am Schluss nur noch die Frage, alles oder nichts, wobei sich der Delegiertenrat richtigweise, wenn auch vorläufig nur in einem rhetorischen Kraftakt, für alles entschied: wieder eine eigene Zeitung!

Denn ausser der Tatsache, dass die im VSS zusammengeschlossenen Studentenschaften weiterhin rund 25 000 Fr./Jahr für ein eigenes Medium aufwerfen können, ist alles noch ziemlich unklar. Wer? Wie? Was? Dass das so ist, hängt direkt – die verschiedenen Beiträge in dieser Nummer zeigen es überdeutlich – mit der strukturellen Krise der einzelnen Studentenschaften und insbesondere auch des VSS zusammen. Niemand braucht sich deswegen zu schämen, die Krise ist eine Zeiterscheinung. Aber diskutieren sollte man sie können! Z. B. in einem nationalen Blatt, das klarlegt, aus welcher Ecke es kommt, aus den Hochschulen, wo aber im weiteren unabhängige Leute unabhängige Meinungen und Ideen verbreiten, auch wenn dabei bisher für heilig betrachtete Grundsätze erschüttert werden. Doch genau an diesem Punkt verlor der Delegiertenrat seinen Mut.

Aus den genannten Gedanken resultierte – mehr der Form halber – ein Antrag, dass für die neue Zeitung zuerst und vor allem einmal Leute gesucht werden sollen, die sich unter sich und mit dem VSS zusammensetzen und diskutieren, was an Inhalt, Umfang und Verbreitung so dringlich, Denkmal! Hier schritten die Struktur, Ordnung und klare Verhältnisse liebenden Funktionäre ein: Aktionismus, Chaos, Freipass zu allem möglichem wurden befürchtet, Normen und Richtlinien

60 Jahre VSS:

Zwischen Lobbypolitik und Revolte

Der Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS), die nationale Dachorganisation für alle Studierenden an den schweizerischen Hochschulen, beginnt das siebte Jahrzehnt seines Bestehens mit einem Rückblick und einer Standortbestimmung. Der VSS hat dazu eine Festschrift herausgegeben, die im Titel die Frage aufwirft: «Studentenpolitik – Politik mit Studenten?» Sie soll eine Grundlage sein, um Ziele und Mittel des politischen Engagements der Studenten an ihren Hochschulen zu überdenken. In einigen persönlichen Beiträgen zur Festschrift gehen gewesene Studentenpolitiker auch auf die heutige Situation ein. An einem Seminar, das der VSS im Herbst dieses Jahres durchführt, soll die Diskussion weitergeführt werden.

Die nationale und internationale Vertretung der Interessen der Studenten ist die Aufgabe des VSS, was damit im einzelnen auch gemeint sei. Heute wird dieses ursprünglich rein ständische Anliegen getragen von sozialem Engagement und einem Bekenntnis zur Chancengleichheit im gesamten Bildungswesen. Um die Wandlung des Verbandes nachvollziehen zu können, lohnt es sich, den Abriss der VSS-Geschichte (Festschrift Kap. 1) verkürzt vor Augen zu führen.

Die vom VSS vertretene Studentenpolitik hat sich nicht nur ungenau entwickelt, ihre Ausmündung in die Studentenbewegung der endsechziger Jahre macht auch deutlich, wie radikal das Selbstverständnis der Studenten und ihrer Organisation sich geändert hat. So waren die Studentenschaften an den Hochschulen durchwegs per Regierungskredit eingeführt worden, damit den Behörden ein im Chaos der sich bekämpfenden farben tragenden und teils schlagenden Verbindungsstudenten ein repräsentativer Gesprächspartner zur Verfügung stand. Nach der Gründung des privatrechtlich organisierten VSS wurde bis in die sechziger Jahre reine Vergünstigungspolitik betrieben, und Auslandsreisen für Funktionäre wurden finanziert. Der Kalte Krieg war aktiv geschürt worden. Während des Ungarn-Aufstands erhielt zum Beispiel jeder Student vorsorglich einen «Molli-Zünder» nach Hause geschickt.

Eine noch heute wirksame Umorientierung des Verbandes auf die ganze Schweiz setzte 1960 ein mit dem Kampf der Romands um Einfluss auf den deutschschweizerisch beherrschten VSS. Erst als bekannt wird, dass der ISC (International Student Conference), die Gegenorganisation zum kommunistischen IUS (International Union of Students), mit Geldern des amerikanischen Geheimdienstes CIA finanziert wurde, wendet sich der VSS von diesem Kind des Kalten Krieges ab. Die CIA-Aktivitäten waren das Fanal für eine europäische Studentenbewegung, mit der auch ein radikaler Bruch in der Studentenpolitik vollzogen wurde.

Kampffeld Hochschule

Nach dem Herausreten aus der anti-kommunistischen Front formierten sich

Fortsetzung von Seite 1

Exekutiven und Legislativen der Trägervereine VSETH, VSU und VSS (und damit indirekt auch SUB, SiUB, AGEF) – drängt sich die Vermutung auf, dass solche Strukturen eine immanente Hemmwirkung haben, die es enorm schwierig machen, Ideen zu suchen, zu diskutieren und so weiterzuentwickeln, dass am Schluss etwas Neues, Bahnbrechendes rauskommt (dass bei der einzigen «unabhängigen» Instanz, der vom VSS eingesetzten Projektgruppe, auch nichts rauskam, ist leider ein Faktum). Wenn man in mehreren der erwähnten Gremien – was vielleicht auch ein bisschen gaga ist, einverstanden – mitschneidet, ist es etwas deprimierend, mitzuerfolgen, wie die Kreativität zum technokratischen Vollzug von anstehenden Problemen verkommt.

Das ist nicht neu, und die Diskussionen laufen. Doch wie es Organisationen so an sich haben, nimmt ihre Veränderung Zeit in Anspruch, und es gibt immer Leute, die aus einer unteren, bereits etwas verstaubten Schublade ausgediente Lösungsvorschläge hervorkramen, um mit etwas Kosmetik den Grundkonflikt weiter hinauszuschieben. Was mich sauer macht, ist, wenn sogar dort, wo avantgardistisch zukunftsgerichtete Ideen ausgetauscht werden könnten, in der geplanten Zeitung, schon bevor eine Nase da ist, die das machen will, die gleiche strukturimmanente, kleinkarierte Wir-wollen-alles-in-unserer-Hand-haben-Mentalität durchgesetzt werden soll.

«Wir sind konservativ geworden, aber revolutionär geblieben.» Damit das nicht passiert, braucht es Leute, die unverbrauchte Ideen haben, wie wir aus unserem lamentierenden Studentendasein rauskommen, politisch, persönlich, (un-)wissenschaftlich.

Nieder mit den Apparatchiks, es lebe die Kreatur!
Martin Mani

die freigesetzten Kräfte zu einer Protestbewegung, die nun gegen die USA (Vietnam!) und deren Bündnispartner in Westeuropa gerichtet war. Die Opposition gegen den bürgerlichen Staat, in dem man lebte, und den Kapitalismus schlechthin als dessen Wirtschaftssystem war die logische Konsequenz. Ebenso folgerichtig war, dass der Kampf an den staatlich geführten Hochschulen und gegen die hier vermittelte Ideologie, die als Ausdruck der «Ideen der Herrschenden» erkannt wurde, aufgenommen wurde. Ohne im einzelnen auf Inhalte und Verlauf der 68er-Bewegung einzugehen, sei hier folgende Stichworte erwähnt:

Marxistische Theoriebildung, gewerkschaftliche Orientierung, forcierte Öffent-

lichkeitsarbeit und eine basisgerechte Politik, die 1974 in die Lancierung einer Initiative (Lausanner Modell) mündete.

Nachdem diverse Zerfallsprodukte der Studentenbewegung (die sogenannte Neue Linke) signalisiert hatten, dass Hoffnungen begraben worden waren und im Gefolge der Wirtschaftskrise die Bildungseuphorie abklang, wurden die Studentenschaften durch Auflösungen und Entzug der Finanzautonomie angegriffen. Der heutige bildungs- und hochschulpolitische Scherbenhaufen geht einher mit einer radikalen Organisationsfeindlichkeit der neuen Studentengeneration, die ihre Lehren aus dem Verlauf der 68er-Bewegung gezogen hat. Eine detailliertere Einschätzung der Ereignisse nach 1968 findet sich im Beitrag von Thomas Heilmann (Festschrift S. 70), der den Aufbruch selbst mitgetragen hat. Was die jüngste Vergangenheit und seine Ratschläge für die Zukunft betrifft, gehe ich im folgenden in einigen wichtigen Punkten mit meiner Kritik darauf ein.

No future!

In dieser persönlichen Einschätzung der Verhältnisse an den Hochschulen

und einer Perspektive für die Zukunft muss ich mich in erster Linie auf die Lage in Zürich abstützen. Nach dem Motto «Der Kampf geht weiter!» wurde hier nach der Auflösung der Zwangskörperschaft SUZ I (1978) der VSU ins Leben gerufen. Seither versuchen Studentenfunktionäre in Fronarbeit krampfhaft dieselben Strukturen aufrechtzuerhalten bzw. zu verteidigen, die früher mit einem Budget in fünfacher Höhe des dem VSU zur Verfügung stehenden Betrags gemagt wurden. (Im VSU sind noch 20% aller Studierenden organisiert, die Tendenz ist rückläufig!)

Die SUB in Bern, eine Zwangskörperschaft ohne Finanzautonomie, ist auf dem Weg zur Liquidierung bereits weit fortgeschritten. Nach demselben Muster wie in Zürich stellen im Gefolge von Rekursen rechter Kommilitonen bereits linke Vorbeter und einzelne Vorstandsmitglieder den Wert einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft in Frage und sehnen sich nach Zuständen wie beim VSU.

Der Wille, nach dem Verschwinden von «das Konzept» in ähnlicher Weise gesellschaftskritische Information in die Universitäten hineinzutragen, war im letzten VSS-Delegiertenrat beängstigend klein. Das Engagement der Studenten – soweit es überhaupt vorhanden ist – hat seinen Schwerpunkt heute eindeutig ausserhalb der Universität. Überdies ist die «Bewegung» der Studenten nach dem bald endgültigen Verschwinden der poli-

tischen Gruppierungen disparat und kultiviert sich in den verschiedensten Gruppen mit je ihrem ureigenen Thema. Darin mag der Grund liegen, dass das Abonnement einer «Woche-Zeitung» allemal komfortabler ist als die Produktion einer eigenen Zeitung als Gegengewicht zu den von der Industrie finanzierten reaktionären Gratisanzeigen.

Angesichts dieser Anzeichen glaube ich nicht, dass wir nur die «basisgerechten» Strukturen auszubauen und die Informationsvermittlung zu verstärken hätten (vgl. F. Cahannes, Festschrift S. 92 ff.), um aus der Defensive heraus in eine Offensive zu gelangen. Geradezu unsinnig scheint mir, mit Vehemenz zu fordern, Organisationsstrukturen seien quasi auf Vorrat zu erhalten, um dann etwas bei der Hand zu haben, wenn's wieder losgeht. Auch sind mir Modelle eines «Crisis Management» zuwider, gemäss denen die vorhandenen Kräfte möglichst ökonomisch aufgrund gewisser Prioritäten einzuteilen und im übrigen latente Kräfte mittels geschickter Agitation zu mobilisieren seien.

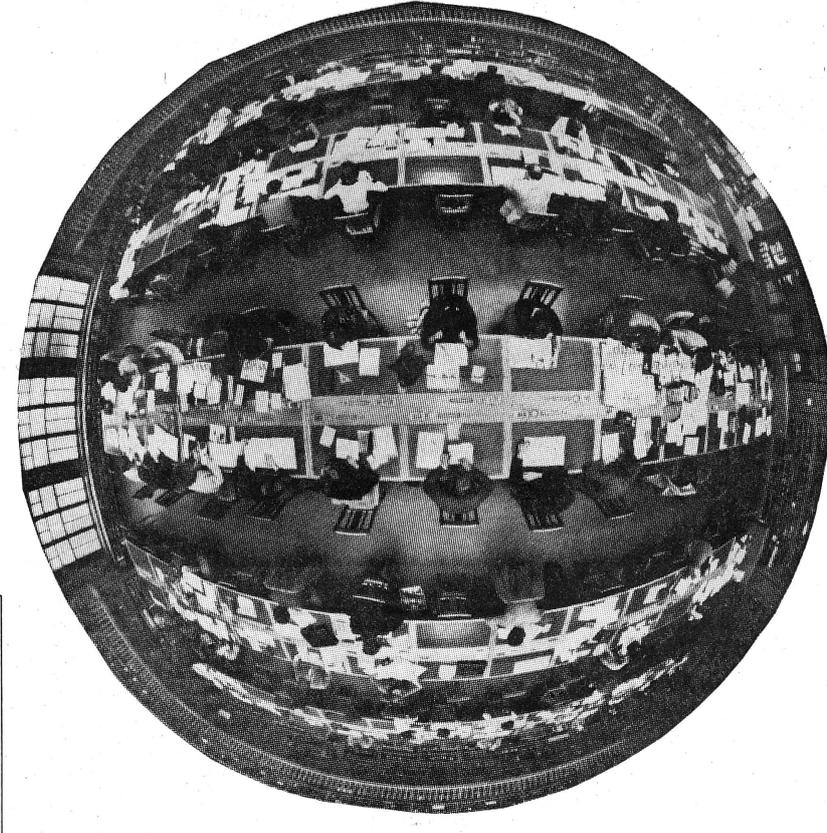
Sollen wir das «Kampffeld Universität» ganz aufgeben? Thomas Heilmann rät uns in seinem Festschrift-Beitrag gerade das Gegenteil. Er versieht uns mit einer Warnung vor der integrativen, kräfteverschleissenden Wirkung eines Einlassens auf die universitären Institutionen, des Kampfes um das «politische Mandat» und unsere Rechte, die in den alten, öffentlich-rechtlichen Studentenorganisationen enthalten waren. Im übrigen aber will er uns wieder an den Wurzeln der 68er-Bewegung anknüpfen lassen: den ideologischen Staatsapparat Universität angreifen, die Bildungspolitik gesellschaftskritisch fundieren und verhindern, dass in diesen Anstalten die Akademiker als «chiens de garde de la bourgeoisie» herangezogen werden – so lautet das Rezept. «An den Universitäten muss die Reproduktion der herrschenden Ideen selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzung werden.» (Th. Heilmann, Festschrift S. 76)

Ich behaupte, dass diese Aufgabe angesichts der veränderten internationalen Situation auf dem gleichen ideologischen Ansatz wie 1968 unmöglich zu lösen ist. Zur ideologischen Gegenposition die bisherige marxistische Theoriebildung heranzuziehen und weiterzuentwickeln ist aus meiner Meinung nach versagt. Zur Rechtfertigung dieser Behauptung kann ich nicht die Ideologiekritik selbst heranziehen, sondern nur die Beobachtung dessen, was sich auf diesem Gebiet an den Hochschulen abspielt bzw. eben gerade nicht abspielt.

Wir wollen alles!

Der Umzug durch die Universität Zürich, den 1978 eine Schar unentwegter, vorwiegend liberal gesinnter Studenten zur Beerdigung der SUZ I durchführten, war durch eine frappierende Abwesenheit der «Basis» geprägt. Der leise verhallende Klageruf der Leichengänger weckt in mir, im Gegensatz zur damals vorherrschenden Meinung, eine starke Hoffnung auf alle damals Abwesenden, welche nicht bereit waren, die Studentenschaft zu Grabe zu tragen. Die Weigerung, über den «Verlust» zu klagen, deutet auf bewältigte Trauer und mithin auf eine Stärke der ihrer Organisation beraubten Studentenschaft. Ein Hauch davon war 1980 auch an der Universität zu spüren, als sich die damalige Uni-Bewegung nicht auf den VSU einlassen wollte, der sich als Gesprächspartner des Rektors und des Erziehungsleiters anbot. Im letzten Jahresbericht hat denn auch der Rektor am Dies academicum freundlicher Weise vor der spontan entstandenen Phantomschule FFFU (Für eine freie Universität) Ängste heraufbeschworen, während er den VSU für seine Gesprächsbereitschaft gelobt hat. Die Verweigerung gerade und vorerst auf der strukturellen Ebene ist die Stärke jeder Bewegung, die wirklich subservit ist und eine Institution von innen her angreift.

Ratschläge für das politische Überleben an der Universität will ich, ausser dem hier vorgelegten Negativkatalog, keine geben. Ausser vielleicht diesem, den ich zum Schluss anfüge: 1967 ermöglichte das Abflauen des Kalten Krieges auf ideologischer Ebene eine Veränderung, die es den Studenten ermöglichte, zwischen den zwei für Europa massgebenden Machtblöcken das Lager zu wechseln und theoretisch eine Gegenposition zur herrschenden Ideologie zu entwickeln. Diese Verschiebungen waren und sind nicht abgeschlossen. Ein scharfes Beobachten der internationalen Lage, der Macht- und Blockpolitik und ihren ideologischen Implikationen (NZZ 1. Bund!) dürfte im Sinne einer Früherfassung sensibilisierend und vielleicht sogar auslösend wirken für kommende Veränderungen hier in diesem Land und in unseren Städten. Erich Kuster



VSS-Seminar am 12./13. Juni in Fribourg

Tutorate – Studienreform an der Basis

Vor genau einem Jahr – während auf der Uni-Wiese 2000 Studierende den Aufstand probten – führte der VSS in Zürich ein breitangelegtes Seminar zum Thema Studienreform durch, das alle generellen und fachspezifischen Problembereiche und als Ergebnis möglichst konkrete Arbeitsansätze herauschälen sollte. Eine dieser Konkretisierungen in diesem Jahr stellte das Tutorate-Seminar in Fribourg dar. Im folgenden Bericht sind die Ergebnisse kurz zusammengefasst. Weiter werden ein paar Überlegungen angestellt, welche Aufgaben der nationale Verband und auch die lokalen Studentenschaften auf diesem Gebiet wahrnehmen könnten bzw. sollten.*

Am Studienseminar im letzten Juni setzt sich v. a. die Überzeugung durch, dass wir Studenten selbst und heute mit der Veränderung unserer Studienbedingungen beginnen müssen:

«Wichtige Voraussetzung für Studienreform scheint mir das intensive Gespräch im Fachbereich, in Abteilung und Fakultät. Unbehagen ist in Mengen spürbar.

* Das Protokoll des Zürcher Seminars stellt eine recht umfassende und detaillierte Analyse der heutigen, sich andauernd verschlechternden Studiensituation und ihrer Ursachen, sowie entsprechende Reformansätze dar. Es kann – wie auch das Protokoll des Fribourger Seminars – bezogen werden beim VSS, Erlachstr. 9, 3012 Bern

chen und zusammen Erfahrungen gemacht werden ...

– Wir brauchen aber auch Gruppen, z. B. Tutorate, in denen ... alle anfallenden Probleme diskutiert werden können, auch Fragen der Unipolitik. Sie können zu wirklichen Selbsthilfegruppen werden.

– Wir müssen am eigenen Institut/Fachbereich anfangen, wo die Probleme greifbar sind und es leichter ist, die anderen Studenten kennenzulernen und mit ihnen zusammenzuarbeiten ... (Plenum)

Auf dieser Grundlage hat eine Arbeitsgruppe des VSS versucht, die Möglichkeiten der Selbstorganisation genauer zu formulieren. Die folgenden 5 Punkte sind kurz zusammengefasst die Ergebnisse des Seminars «Tutorate und Studiengangphase» (12./13. Juni 81, Fribourg).

Wir reden überhaupt zu wenig miteinander und haben zu wenig Vertrauen zu einander. Zuerst müssen wir wieder Kommunikationsstrukturen schaffen.

– Wir müssen Gruppen bilden, in denen nicht alles nur über den Kopf geht, sondern persönliche Probleme bespro-

Fortsetzung auf Seite 3

Wenn man sich wo fremd fühlt, bekommt man leicht einen ethnologischen Blick.

Bearbeitete Notizen zu der Tagung «Ethnologie der Wissenschaft» im Völkerkundemuseum in Zürich vom 29./30. 5. 1981

Die Tagung, welche vom Ethnologischen Seminar in Zusammenarbeit mit dem Syndikat-Verlag durchgeführt worden ist, wird wohl bald einmal, in Buchform verarbeitet und konserviert, einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Ich will hier nicht in ähnlicher Weise Unzusammenhängendes, Uneinheitliches durch einen glatten, wohlstrukturierten Text harmonisieren – vielmehr sollen Widersprüche und Ungereimtheiten sichtbar, Unfertiges soll unfertig bleiben, Brüche und Gräben sollen nicht mit Rhetorikmüll aufgeschüttet werden.

Experiment

Den Anstoss für diese Tagung gab die den letztsummerlichen Wirren entsprungene, höchst offizielle Forderung an das Ethnologische Seminar, die Wissenschaftlichkeit seiner Veranstaltungen zu beweisen. Während zweier Tage wollte man nun den Spieß umdrehen und sehen, inwiefern Wissenschaft ethnologisch betrachtet werden kann, «und was sich daraus ergibt».

Mario Erdheim liess sieben interessante, einander nicht bekannte Leute zusammenkommen und sie in der Weise über das Thema referieren, wie sie es dem Titel nach verstanden hatten.

Dazu etwas Studenten, Radio und Verlagswesen, ein nahezu idyllisches Reservat.

Das Ganze war als Experiment gedacht, mit Nachessen und Fest, während deren Diskussionen und sonstiges vertieft werden konnten.

Konstant gehalten wurden in der experimentellen Anordnung universitäre Strukturen und Rituale, d. h. Machtverhältnisse, Sprache, Perspektive der Dozenten, übliche Sachzwänge wie Zeitdruck und geeinter Blick nach vorn, Leistungsstress (laut und klar ins Mikrofon, fürs Radio) usw.

Die Studenten, Frauen und Künstler (bei den Referenten) haben den Versuchsaufbau so auch kaum gestört, das Unerwartete ist erwartungsgemäss eingetroffen. Vorne tobte der Kampf der Giganten, hinten verhielt man sich ruhig, abends profilierten sich die Referenten weiter, während sich die Studenten ans Essen oder den Tischnachbarn hielten.

Ethnoboomb

Der seit einiger Zeit anhaltende «apokalyptische Ethnoboomb» wird wohl aus dem Bedürfnis gespeist, die ganze Kultur und nicht mehr nur Teilaspekte von ihr zu untersuchen. Methodisch sind verschiedene Annäherungen an das gleiche Phänomen möglich; vom System ausgehend oder vom einzelnen und dessen Stimmung. Ethnologische Metaphern dienen gut als heuristische Modelle, die eine erste Orientierung erlauben.

Fremdes kann und soll dabei verstehbar werden – und in der Alltagsethnologie erklärt man gar das eigene Selbst zum wissenschaftlichen Forschungsgegenstand. Ethnopschoanalytiker = die neuen Schamanen?

Eingriffe

Die leitenden Eingriffe des politisch und ökonomisch begründeten Machtapparates auf die Universität erfolgen über Ressourcenzuweisung und Personalauwahl.

Indem die vermeintlich gebrauchten Produktionsmittel immer teurer und aufwendiger werden, steigt die Abhängigkeit der Institute und des einzelnen Wissenschaftlers. Die Produktionsmittel sind nicht mehr allen zugänglich, ihr künstlich erzeugter Mangel diszipliniert die Wissenschaftler. Diese verlieren zudem auch immer mehr die Verfügungsgewalt über ihre Produkte, die zunehmend dem Verwertungsinteresse des Kapitals unterliegen. Kommentar: Wissenschaft braucht Produktionsmittel, Wissen und Erkenntnis nicht.

Grenzüberschreitungen

Grenzen müssten nach verschiedenen Seiten hin überschritten werden; innerhalb der Universität zwischen den heftig verteidigten Territorien der einzelnen Fächer oder ausserhalb, indem neue Territorien erschlossen werden. Kommentar aus dem Publikum: Grenzüberschreitungen sind in der Politik Grund für Kriege.

Zusammengebracht werden müsste auch wieder die Intelligenzija ausserhalb der Universitäten, welche wohl durch diese gegangen ist, jetzt aber nicht mehr mit ihr zu tun haben will, und die fleissigen Ameisen in den Institutionen, welche die Bibliotheken füllen und sich das Denken langsam abgewöhnen.

King Kong

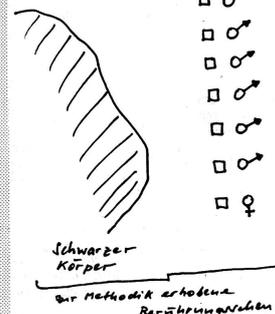
Bernad Weyergraf untersuchte am Beispiel des Phänomens King Kong, das er Mythos nennt, die «Metaphorik der Wildnis» und die «zur Methodik erhobene Berührungsscheu der Wissenschaftler».

Die Ethnologie, die sich als Wissenschaft genuin mit Mythen beschäftigt, sollte sich nach ihm vermehrt den Mythen der eigenen Gesellschaft zuwenden, die helfen könnten, diese besser zu erkennen.

Das hiesse z. B. unsere eigene Gegenwart daraufhin zu untersuchen, wo und in welcher Form der Körper auftaucht und seine verborgene, stumme «Sprache der Affekte» zu übersetzen. Denn der Körper sei «ja viel klüger, weil er nicht anerkannt, weil er von der Geschichte beiseitegeschoben worden sei».

Es wären die Punkte aufzuspüren, bei denen der Verdrängungsschutz aufgeben sei, wo wir anderes wahrnehmen könnten, Gesellschaftliches in den Formen der Körperbefindlichkeit.

Körper bedeutete in dieser Zeit (um 1930) die abgeschossene Natur, konturenlos, eine in die Nacht der Geschichte gehüllte, formlose Masse.



Affekte

Die einen glauben nicht, dass Affekte in der Wissenschaft vorhanden seien oder dort etwas zu suchen hätten. Die anderen glauben zwar, dass diese in der

Wissenschaft seien, dass sie aber bewusst gemacht werden müssten, um sie dann rauszuwerfen. Fixiert, kontrolliert und beherrscht. Dritte glaubten schliesslich, dass Erkenntnis ohne einen selber, den subjektiven Faktor, ohne seine eingebrachten Gefühle gar nicht möglich sei.

Dergestalt redete man also leidenschaftlos über Affekte und die affektive Beziehung zwischen Wissenschaftler und seinem Objekt, bis H. Fink-Eitel mit seinem Nietzsche die Wissenschaft angriff und sie, mit der Macht liert, als Hure bezeichnete. So gehe das nicht, was er damit sagen wolle, das sei zu einfach, oberflächlich, unglaublich und undifferenziert. Wissenschaft habe viel zu wenig Macht.

In einem anderen Zusammenhang wurde die Wissenschaft als «System furchtsamer Abwehr jeglicher Bedrohung» die Rationalität wissenschaftlicher Verfahren als «Affektabwehr» bezeichnet. Natürlich.

- Wissenschaftler = Abenteurer = Freibeuter = Eroberer = graue Maus = graue Ameise = Missionar = Dienstleistungsangestellter = Produzent von Produkten

«(...) Stets wird dem Produkt Produzenten aufgesetzt, so dass die Wunschproduktion Produktion ist, wie die Maschine Maschine der Maschine ist.» (p. 12).

«(...) Die Regel, immerfort das Produzieren zu produzieren, dem Produkt Produzieren aufzusetzen, definiert den Charakter der Wunschmaschinen oder der primären Produktion: Produktion von Produktion» (p. 13). (Aus: Guattari/Deleuze: Anti-Ödipus)

Wissenschaftsbetrieb

Die Uni hat als Ort der Wahrheitsuche abgedankt; denn einerseits besteht die Ganzheitsvorstellung von Wahrheit im früheren substantiellen Sinne nicht mehr. Wahrheit und Erkenntnis können demnach nicht mehr auf der Strasse oder im Feld gesucht und gefunden werden.

Andererseits ist die Uni längst zur rationalisierten und zentralisierten «gesellschaftlichen Veranstaltung zur Sammlung und verfahrensmässigen Anwendung von Information» (Niehammer) transformiert worden. «Wahrheit» wird zum relationalen Begriff, eher zur «Wahrhaftigkeit», die sich in der institutionalisierten Kommunikation zwischen Gruppen innerhalb und ausserhalb der Universität einstellt.

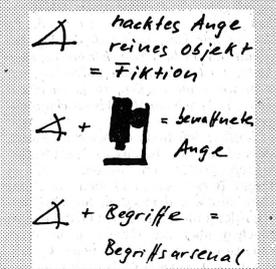
Der Begriff bezieht sich nun auf das Verhältnis von Wissenschaftler und Informant, auf den gegenseitigen Lernprozess, der nicht mehr Bücher füllt, son-

dern sich im gegenseitigen Verhalten niederschlägt.

Auf diesen optimistischen Rettungs- und Legitimierungsversuch der Universität werden zwei «alte Weisungen» misstrauisch ein, dass die Institution immer nur die Hochachtung vor der Wissenschaft reproduziere und den Glauben verstärke, dass die Umwelt über sie erfahren werden müsse. Erkenntnis gebe es aber nur auf dem Wege der Subversion gegen das System, das die Wissenschaft in ihren Dienst stellen wolle.

Fest(ung) der Grausamkeit

Objekte erscheinen nicht rein, sondern wie sie durch das Auge, dem diese vorgeschalteten Apparat oder dem Lichtquelle vermittelt werden.



Wissen wirkt bereits auf der elementaren Ebene der Wahrnehmung auf die Realität ein, indem es in die vom Bewusstsein geleistete Synthese der Sinnesdaten eingreift.

Diese kognitive Disziplinierung des Bewusstseins, die durch die «Seelenarbeit der Kultur», durch Schmerz in Festen der Grausamkeit geschieht, ist Voraussetzung für soziale Disziplinierung.

Frauenrollen

Die Psychoanalytikerin Marie Langer gehörte in Argentinien einem vorwiegend männlichen Analytikerkreis an, den sie 1971 aus politischen Gründen verliess.

Bei einer Psychoanalyse-Vereinigung, die v. a. im Dienst einer repressiven Oberschicht steht oder in kollektiver Blindheit von der äusseren Realität abstrahiert, wollte sie nicht mehr mitmachen.

Ihre Frage: Wie und warum wird Frau zum Mythos?

Die Psychoanalyse verspricht Glück, geistige Gesundheit, Normalität, und diejenigen, die das ermöglichen, werden zum Mythos gemacht. Als Frauen müssen sie Muster/Modelle von Weiblichkeit sein. In der Wissenschaft ist dies dann v. a. die Rolle der Jungfrau oder der Mutter.

Fortsetzung von Seite 2

1. Wozu Tutorate? Welche Formen?

Über die generellen Zielsetzungen von Tutoraten ist man sich schnell einig: Besseres Lernen, Arbeiten in Kleingruppen; Förderung der selbständigen Arbeit; Förderung des Kontaktes unter den Studenten...

Immerhin werden die Schwergewichte unterschiedlich verteilt, was nach unterschiedlichen Formen von Tutoraten ruft: Einführungstutorate, themenspezifische, ev. veranstaltungsergänzende – kritische Tutorate, freie Tutorate, Projektgruppen...

Auch thematisch verschieben sich die Gewichte, je nach dem, ob «Überleben» (Einführung in den Studienbetrieb, Kontakt unter Mitsstudenten...) im Zentrum steht oder eher – vielleicht in einem zweiten Schritt – «Leben» (Entwicklung der eigenen Persönlichkeit zusammen mit anderen; selbständiges Studium, kritisch, bewusst der gesellschaftlichen Zusammenhänge, mit Eigenverantwortung statt Konsum...).

2. Wie bauen wir Tutorate auf? Wie gelangen wir zu den Interessenten?

Das Interesse an Tutoraten entsteht vor allem in den einzelnen Fachbereichen. Bei Einführungstutoraten geht es darum, die Neuintretenden möglichst früh zu erreichen, die Bildung von Gruppen zu ermöglichen, bevor sie dem vorgegebenen Studienbetrieb als Einzelopfer erlegen sind. Bei spezifischeren Tutoraten erreicht man die bereits Interessierten leichter.

Wichtig ist dabei der Kontakt der Tutoraten untereinander und mit dem/den Fachvereinen/-en. Er bietet die beste Gewähr für breite Information und Kontinuität.

3. Tutoren-«Ausbildung»/«Betreuung»...

Bei der gegenseitigen Information

geht es nicht nur um organisatorische Fragen: Auch die möglichen Inhalte, Zielsetzungen der Tutorate, Rahmenbedingungen etc. sollten vorgängig und in regelmässigen Abständen überdacht und diskutiert werden, damit der Tutor in der Gruppe nicht auf sich allein gestellt bleibt.

In besonderem Masse trifft dies auch auf didaktische und gruppendynamische Fragen zu, die manchen Tutoren schon ein Bein gestellt haben.

Bei diesen Problemen hat man in Bern und Basel schon sehr gute Erfahrungen gemacht mit einer kontinuierlichen Beratung und kurzen Einführungskursen, die vom Fachverein in Zusammenarbeit mit einem Studentenberater durchgeführt wurden. Es ist eine wichtige Aufgabe der jeweiligen Studentenschaft, zusammen mit den Fachvereinen den Kontakt mit einer Anlaufstelle herzustellen und diese kontinuierlich offenzuhalten. Die Stelle muss bei den Studenten gut eingeführt sein, damit sie auch Aufklärungs- und Informationsaufgaben im Dienste der Verbreitung von Tutoraten als alternative Unterrichts-, bzw. Studienform übernehmen kann.

4. Bezahlte Tutorate innerhalb des Lehrbetriebs?

Die Diskussionen dieser Frage führen immer wieder auf die Notwendigkeit, dass wir Studenten versuchen, die Einführung von Tutoraten nach unseren Vorstellungen selbst an die Hand zu nehmen.

Allerdings soll die Forderung nach Anerkennung von Arbeiten, nach Einräumung von Zeit im Lehrplan, nach einer finanziellen Entschädigung etc. nicht vergessen werden. Eine Anerkennung durch die Seminarleitung ermöglicht es zögernden Studenten, an den Tutoraten teilzunehmen. Zudem ist eine finanzielle Entschädigung für viele potentielle Tutoren wichtig, weil sie sonst

in der Zeit ihr Studium verdienen müssen...

Freie Tutorate, die nicht – wie die meisten bisher durchgeführten – nur zur Perfektionierung des Schulbetriebes missbraucht werden, liegen in jedem Fall in unserem Interesse ob mit oder ohne Bezahlung, weil sie ein konkreter Schritt in Richtung «Freie Universität» und «Selbstbestimmtes Studium» sind. Sie bringen uns die nötige Qualifikation und das nötige Selbstvertrauen für weitere Schritte in dieser Richtung.

5. Maturandinformation

Die grössten Probleme trifft der Student an den heutigen Hochschulen in der Studieneingangsphase. Die Gründe liegen an der mangelhaften Orientierung der künftigen Studenten über die realen Studienverhältnisse und entsprechend meist euphorischer verfälschten Vorstellungen der Neueintretenden, an der zunehmenden Verschulung mit steigendem Selektionsdruck gerade in dieser Phase (als Numerus-Clausus-Ersatz), am mangelnden Kontakt zwischen den Studenten des gleichen oder verschiedener Semester.

Neben den oben angesprochenen Einführungstutoraten ist es darum naheliegend, den Kontakt schon zum Maturanden zu suchen, um seine Informations- und damit Orientierungsmöglichkeiten zu erweitern und gleichzeitig erste Kontakte zu knüpfen, die später bei Schwierigkeiten zum Tragen kommen.

Das Seminar in Fribourg findet seinen Abschluss in der feierlichen Vereinbarung, sich in einem Jahr wieder zu treffen – bis wohin jeder Seminarteilnehmer irgendwo an seiner Uni eine neue Tutoratensette aufgezogen, angeregt... habe.

«Da organisiert man ein Seminar mit Referenten, vorbereiteten Gruppen, alles bis

ins letzte geplant – allgemeine Kritik (bei 50-70 Teilnehmern): überladen, zu wenig Spielraum, zu allgemein... Also zieht man ein nächstes Seminar anders auf: eingeschränkte, konkrete Fragestellung mit praktischer Zielsetzung, wenig Vorkursstruktur, gemächlich – es kommen ganze 15 Leute. Die Studenten sind resigniert – es bewegt sie nichts – sie bewegen sich nicht – oder ohne Perspektiven!»

Was soll da noch eine nationale Organisation? Die Zahl der Teilnehmer in Fribourg ist wirklich nicht überwältigend – höchstens negativ.

Für viele Interessierte war offenbar auch der Weg zu weit.

Immerhin hat der Ablauf der zwei Tage gezeigt, dass ein Bedürfnis nach dem Gespräch, nach gegenseitiger Bekräftigung, nach Erfahrungsaustausch gerade im Anfang gross ist.

Die Erfahrungen in Bern, Fribourg und Basel zeigen die Wichtigkeit von Information, Beratung, gewissen Vorleistungen – wenn nicht der Uni oder einer eingeführten Beratungsstelle, dann eben von der Studentenschaft!

Genau hier liegt eine zentrale Aufgabe für den nationalen wie für den lokalen Studentenverband:

- gerade weil viele nicht mehr recht sehen, was ihnen eine Studentenschaft oder gar ein VSS bringt,
- gerade weil immer mehr Studenten vor ihren Studienbedingungen (Selektionsdruck oder Chaos ohne Lernhilfe) kapitulieren.
- gerade weil sich immer mehr Studenten vor der anonymen Hochschulatmosphäre in die innere Emigration flüchten,
- gerade weil oft auch die Fachvereine nicht über die Feststellung der Missstände hinauskommen, die Ansätze oder den Punct nicht finden, um etwas wesentlich zu verändern,
- wird es umso wichtiger
- dass der VSS auf allen Ebenen jene Projekte speziell fördert, die der Infor-

mation, dem Kontakt unter den Studenten dienen – insbesondere eben auch alle Formen von selbständigem Studium in Gruppen,

● dass der VSS selbst und zusammen mit den Studentenschaften die Diskussion über Formen des selbständigen Studiums und praktische Möglichkeiten der Einführung immer wieder anreist und in den Zusammenhang bildungspolitischer Bedürfnisse stellt,

● dass sich der VSS nicht zu schade ist, auch einzelne Projekte in dieser Richtung gezielt zu verfolgen und zu fördern, weil damit Signal- und Initialwirkungen erreicht werden können.

Dies alles bedingt allerdings, dass der VSS solchen Projekten auch die notwendige Priorität einräumt und wieder tätig wird, sie auch kontinuierlich voranzutreiben. Nur so kann der VSS wirkungsvoll zur Wiedererstarkung seiner Basis beitragen und auf diesem Weg wieder glaubwürdig werden.

Selbstverständlich soll mit diesen Thesen nicht die Rückkehr zur ständischen Studentenpolitik vertreten werden.

Selbstbestimmtes Studium, Gruppenarbeit etc. haben ihren Sinn gerade in der neuen Möglichkeit, bereits, sein Studium in gesamtgesellschaftliche Sinn- und Bedürfniszusammenhänge einzuordnen. Projektorientiertes Studium findet seinen Sinn, Arbeit für einen Wissenschaftsgrad findet seine Möglichkeit erst in der Ausrichtung auf vernachlässigte gesellschaftliche Bedürfnisse, in der Zusammenarbeit mit Betroffenen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Auch benötigt diese innere Aufbauarbeit ihre Ergänzung auf allgemeiner bildungs- und sozialpolitischer Ebene, auch in einer gezielten Bündnispolitik – aber diese verschiedenen Ebenen der VSS-Tätigkeit können nur in gegenseitiger Verbindung mit gewissen Erfolgsaussichten angegangen werden. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Pierrot Hans, Marianne Müller

Kulturwandel und Wertkonflikt

Also zusehen, wie alles zusammenklappt?

M: 1972 veröffentlichte der Club of Rome die «Grenzen des Wachstums». Man habe ihm damals, so der Gründer und Präsident des Club, Aurelio Peccei, Schwarzmalerei vorgeworfen. Zwei Jahre später war die Rezession da, der Schock wirkte lähmend. Heute fordert Peccei ultimativ, dass, nachdem in den siebziger Jahren nichts passiert ist, die Menschheit endlich daran geht, die Probleme, die unweigerlich auf uns zukommen, zu lösen. Es scheint mir klar, dass sich die Wissenschaft da nicht drum herum drücken kann. Im Gegenteil: Das Pulverfass, auf dem wir heute hocken, ist ja zu einem guten Teil auch von der Wissenschaft mitgebaut worden.

Löffler: Ich finde es bemerkenswert, dass diese Leute bereits 1972, als Naturwissenschaftler im wesentlichen, in ihrem Bericht einen kleinen Abschnitt drin hatten, in dem sie die Sozialwissenschaftler aufforderten, sich Gedanken zu machen über die für die neue Wirtschaftsordnung, für die neue Gesellschaft notwendige Sozialstruktur und die damit verbundenen Wertsysteme. Und die Sozialwissenschaftler haben, genauso wie die Öffentlichkeit und die Politiker, im Grunde genommen nichts getan. Es ist eigentlich erst jetzt durch den Aufbruch von Unruhe generell in der Bevölkerung, sei es unmittelbar Gewalttätigkeit oder der Unruhe über die Gewalttätigkeiten, dass die Sozialwissenschaftler wieder angefangen haben nachzudenken. Allerdings haben sie ihre Schwierig-

Mit Prof. L. G. Löffler, Leiter des Ethnologischen Seminars der Universität Zürich, sprach Martin Mani

keiten damit, weil sie schon im Nachgang zu den 68er Ereignissen eine Analyse versucht haben, diese zum Teil jetzt auch wieder ausgraben, aber damit eigentlich nicht viel mehr bringen als einen Versuch einer Analyse dessen, was geschehen ist, ohne irgendeine Fähigkeit zu entwickeln, nun dem Wunsch des Club von vor neun Jahren nachzukommen und einen Entwurf zu machen dessen, was wahrscheinlich im sozialen Bereich, im Wertbereich geschehen wird, oder gar, wie die Naturwissenschaftler, noch einen Schritt weiterzugehen, uns zu sagen, was geschehen sollte, müsste.

M: Ich sehe eine bemerkenswerte Entwicklung darin, dass es 1968 vor allem die Soziologen waren, die sich in Schwierigkeiten begeben haben, und es heute die Ethnologen sind. Damals kam die Antwort auf die, sagen wir, generellen Missstände, auf der Systemebene: Systemkritik, Ideologiekritik.

Löffler: Es gab damals die Analysen, und ich habe mich wirklich gewundert, warum die Politiker keine Schlussfolgerungen daraus gezogen haben. Aber wenn Sie gerade die Untersuchungen lesen oder lesen wollen, die damals von der Universität Zürich im Auftrag der vom Stadtrat eingesetzten Studienkommission für Jugendfragen über die damaligen Unruhen gemacht worden sind, dann verstehen Sie, warum die Politiker damit kaum etwas anfangen konnten. Das kann nämlich nur jemand lesen, der sich in dieser Spezialisierung, im Vorgehen der Wissenschaft überhaupt, zurechtfindet und weiss, was für praxisrelevante Einsichten da evtl. dahinterstecken. In einer der Publikationen heisst es, es bliebe abzuklären, in welcher Form, «in leicht verständlicher Fassung», die gewonnenen Informationen einem breiteren Interessentenkreis weitergegeben werden könnten. Zugleich wird aber auch festgestellt, dass die Untersuchungen auf die Frage, was konkret getan werden sollte, eine Antwort weder geben können noch wollen. Überall spürt man den Wunsch der Verfasser, keine Aussagen zu machen, die sie diskreditieren könnten. Und heute haben wir das Pech, dass die Ethnologie zum vornherein und ohne dass wir eine Analyse vorgelegt hätten, diskreditiert worden ist.

M: Zum Vornherein?

Löffler: Der Videofilm über die Ereignisse vor dem Opernhaus entstand ja im Rahmen einer Übung zu einer speziellen Forschungstechnik, für die wir die Sachen genommen haben, die grad vor der Tür lagen. Die darauffolgende Verkopplung der Ethnologie mit der Jugendbewegung war das Verdienst des Erziehungsleiters. Er erklärte ein Prinzip unserer wissenschaftlichen Arbeit – nämlich die Dokumentation der Sicht der Betroffenen durch teilnehmende Beob-

achtung und insbesondere die daraus resultierenden Verhaltensregeln – für politische Agitation, auf die er seinerseits mit politischen Gegenmassnahmen zu antworten hatte. Damit trug er wesentlich zur Abklärung der im Ostblock längst gelösten Frage bei, wem sozialwissenschaftliche Forschungen zu dienen haben, den Interessen der Informanten, der Wissenschaft oder des Staates.

M: Jetzt haben wir die Umsetzung, die ja gefordert wurde, jetzt kommen die direkten Aussagen.

Löffler: Ja und nein. Die blosse Dokumentation der Sichtweise irgendeiner Gruppe sozialer Akteure ist noch keine Analyse der Situation, liefert noch keine Erklärungen. Die Aussage des Films liegt auf dem untersten Niveau wissenschaftlicher Abstraktion. Aber vielleicht liegt hier gerade das Entscheidende: sie ist noch jedermann zugänglich und verständlich. Weshalb sonst das Verbot?

M: Es stellt sich andererseits auch die Frage, ob man hier eine solche Untersuchung überhaupt machen soll. Was dem Verständnis dienen soll, kann auch zum Bewältigen, Unterordnen und Abqualifizieren führen.

Löffler: Ich habe schon im letzten Sommer die Frage aufgeworfen, ob, wenn wir jetzt eine Untersuchung über die Jugendbewegung machen würden, wenn es uns gelingen würde, die Hintergründe, Motivationen, Strukturen herauszuarbeiten, wir nicht in die genau gleichen Gefahren kommen wie mit der alten Kolonialethnologie. Das bessere Verständnis einer fremden Kultur, zu dem wir beitragen wollten, befähigte zugleich die Vertreter des herrschenden Systems, ihre Mittel besser einzusetzen, um anstehende «Probleme» in ihrem Sinn zu meistern. Die Antwort war damals schon, dass die Jugendbewegung nicht eine Fremdkultur ist, die sich der Integration in unsere Gesellschaft widersetzt, sondern im Gegenteil von der Gesellschaft selbst erzeugt worden ist. Und wenn gewisse Kreise das nicht wahrhaben wollen, sondern in der Bewegung eine Kumulation individueller Anomalien sehen möchten, dann sollten sie sich klar sein, dass eine solche Einstellung die Möglichkeiten einer verantwortlichen Jugendpolitik negiert und mithin den Jugendprotest geradezu aktiv fördert. Jeder, der wie die Jugendbewegung vom Staat Mittel für die eigenen Zwecke verlangt, ist wohl nicht gerade staatsfeindlich, obschon nicht zu übersehen ist, dass die FDP für ihre Forderung nach mehr Freiheit und weniger Staat bei den Jugendlichen viel Verständnis gefunden hat. Vielleicht haben einige Leute gedacht, wir hätten die Grundprobleme von 1968 hinter uns, sie haben dabei übersehen, dass der Aufschwung der sogenannten Jugendsekten Anfang der

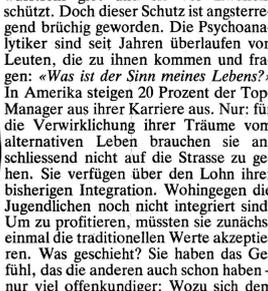
sind alternative Verhaltensweisen, die mal so, mal so auftreten können. Wir kennen gerade von Kulturwandel-Bewegungen, die als politische oder religiös-soziale Bewegungen auftreten, das Schwanken zwischen militanten, auf unmittelbare Änderung abzielenden Aktionen und einem Sich-Zurückziehen in schwelende Hoffnungen auf jenseitige Welt.

M: An der ersten VV wurde von den 16-, 17jährigen Jugendlichen über Gewalt, Gegengewalt, strukturelle Gewalt diskutiert, eine VV, die mir sehr in Erinnerung geblieben ist. Es war wie eine Kombination der von angegangenen Abschnitte: Das Bewusstsein für die politischen Zustände ist vorhanden, aber auch eine absolute Forderung des eigenen Ichs: Ich habe das und das gesehen und reagiere darauf so und so, fertig!

Löffler: Auch 68 fing an als antiautoritär, nicht gerade als anarchisch. Aber es war im wesentlichen eine universitäre Bewegung und von da her die Tendenz, in den Büchern eine Erklärung zu finden, sich wieder eine wissenschaftliche Lehre zusammenzubasteln. Heute sind die ganzen schönen Analysen, die von Akademikern mehr oder weniger über sich selber gemacht wurden, nicht mehr ganz zutreffend. Das Individuum ist wesentlich mehr in den Vordergrund getreten, das schlimme kapitalistische System und was da alles drin war, interessiert heute längst nicht mehr so sehr. Es gibt zwar immer noch Leute, die die Jugendlichen aufklären wollen und sagen: Eure Schwierigkeiten liegen im «System», und deshalb solltet ihr euch gegen das «System» organisieren usw., aber der übliche Versuch, sie links zu organisieren, ist bisher offensichtlich nicht so gelungen, wie die Jugendlichen den Glauben an die linke Lösung genauso verloren haben wie den Glauben an die rechte Lösung. Ihr Lösungsversuch ist individualistisch, anarchisch, emotional, unwissenschaftlich.

M: Im letzten Sommer haben wir es mit vereinten Kräften geschafft, die universitäre Bewegung zu bändigen, weil wir einfach nicht wussten, was tun.

Löffler: Es ist nicht mehr wie 1968, wo wir so intelligent waren und zunächst die Gesellschaft ändern wollten. Heute ist die Frage: Was kann ich jetzt tun? – und möchte ich eigentlich leben? – und versuchen wir mal, das irgendwie zu realisieren. Wenn die Ideale und Werte der alten Gesellschaft etwas taugen würden, könnte die Welt jetzt nicht so mies aussehen, also können sie getrost über Bord gehen. Diese offene Fragestellung der alten Wertordnung ist es, die Angst erzeitet bei denjenigen Leuten, die in diesem Wertsystem gross geworden sind, denen dieses Wertsystem ihr Selbstbewusstsein gibt und sie vor Zweifeln schützt. Doch dieser Schutz ist angsterregend brüchig geworden. Die Psychoanalytiker sind seit Jahren überlaufen von Leuten, die zu ihnen kommen und fragen: «Was ist der Sinn meines Lebens?» In Amerika steigen 20 Prozent der Top-Manager aus ihrer Karriere aus. Nur: für die Verwirklichung ihrer Träume vom alternativen Leben brauchen sie abschliessend nicht auf die Strasse zu gehen. Sie verfügen über den Lohn ihrer bisherigen Integration. Wohingegen die Jugendlichen noch nicht integriert sind. Um so profitieren, müssten sie zunächst einmal die traditionellen Werte akzeptieren. Was geschieht? Sie haben das Gefühl, das die anderen auch schon haben – nur viel offenkundiger: Wozu sich dem sinnentleerten System integrieren, statt sich selbst zu realisieren? Dies führt zu einem eklatanten Bruch mit der traditionellen Einstellung zur Arbeit. Nur noch soviel arbeiten, dass man davon leben kann, höheren Luxus für uninteressant halten ist eine Vorstellung, die manche



Nur noch soviel arbeiten, dass man davon leben kann, höheren Luxus für uninteressant zu halten ist eine Vorstellung, die manche offenbar den Weltuntergang befürchten lässt, die den Ethnologen aber wohlvertraut ist.

offenbar den Weltuntergang befürchten lässt, die den Ethnologen aber wohlvertraut ist. Und vielleicht kennen auch Sie die dem Europäer die Armut der Dritten Welt so simpel erklärende Geschichte von Schuhputzer: Kommt der Entwick-

lungshelfer, sagt, putz mir mal die Schuhe! Sagt der: Nee, tu' ich nicht, ich habe heute schon fünf Paar geputzt, das reicht mir. Komm morgen wieder. Ergebnis: Ja, so kann man natürlich nicht Reichtum vermehren, wenn die Leute aufhören zu arbeiten, sobald es für ihr armes Leben reicht. Das war vor 20, 30 Jahren noch eine unvorstellbare, blöde Primativheit. Und jetzt geschieht das unmittelbar hier, im Zentrum und nicht mehr in der Peripherie.

Aber es ist nicht nur die Einstellung zur Arbeit, sondern auch Vorstellungen über die Wirtschaft allgemein, über das Recht, den Staat, kurz ein ganzes Syndrom von Werten, die jetzt in unserer Gesellschaft auftauchen und dem Ethnologen bereits aus vorindustriellen Gesellschaften bekannt sind. Da ich nicht annehmen möchte, dass sie hier aus der Dritten Welt importiert worden sind, ist für mich, in Anbetracht der Parallelen, die einzig sinnvolle Erklärung.

dass dort eine Geisteshaltung ist, von der Entwicklungstheoretiker festgestellt haben, dass sie nicht die geeignete ist, eine expandierende Wirtschaft zu erzeugen. Daraus mein Rückschluss, dass die neue Haltung diejenige ist, die eine nicht mehr expandierende Wirtschaft vorwegnimmt, dass also sowohl die traditionellen Gesellschaften wie die neue Jugendkultur Werten anhängen, die übereinstimmen mit mehr oder weniger gleichbleibenden und damit relativ langlebigen Kulturformen. Dagegen sind uns bisherige, letzten Endes nur für die letzten zwei-, dreihundert Jahre als Ausnahme innerhalb der Menschheit geltenden Werte gerade die der Expansion. Das gilt auch für die sozialistischen Länder, die ja nicht minder auf Expansion setzen. Wenn in den traditionellen Gesellschaften Wachstum eintritt, so ist das eigentlich ein Betriebsunfall, der oft kulturell aktiv verhindert wird. Daher stutzte ich annehmen, dass mit dieser neuen Werthaltung etwas einhergeht, das weiteres Wirtschaftswachstum aktiv abbremsst. Das bringt zusätzliche Angst für all diejenigen, die vom Weiterentwickeln leben, und es ist ganz klar, dass es in dem Moment, wo das Wachstum aufhört, zu ziemlich harten Verteilungskämpfen kommen wird. Und das neue Arbeitsethos schadet den Unternehmern möglicherweise weniger als den Gewerkschaften – denken Sie nur an die Einschätzung der Temporararbeit. Von daher erscheint die Distanz der Jugendlichen zur organisierten Linken durchaus logisch.

M: Bezogen auf die Universität drückt sich diese Kulturwandel-Bewegung im Übergang – grob gesagt – vom soziologischen zum ethnologischen Ansatz aus.

Die neue Haltung ist diejenige, die eine nicht mehr expandierende Haltung vorwegnimmt, die traditionellen Gesellschaften wie die neue Jugendbewegung hängen an Werten, die übereinstimmen mit mehr oder weniger gleichbleibenden und damit relativ langlebigen Kulturformen.

Zusätzlich wirkt sich die stärkere Ich-Bezogenheit auch innerhalb der Ethnologie aus, wie die laufenden Diskussionen am Seminar zeigen.

Löffler: Der Boom der Ethnologie fing 74/75 an, genau als die Rezession einsetzte. Ich sehe das als eine Reaktion auf ein In-Frage-gestellt-Werden der immer noch einigermassen akzeptierten gesellschaftlichen Ordnung. Wieso die Reaktion so prompt kam, weiss ich nicht und auch nicht, warum sie nur in deutschsprachigen Ländern auftrat, aber nicht in den französischsprachigen Gebieten der Schweiz! Da sich das Interesse auf alternative Wertsysteme richtet – eben deshalb Ethnologie statt Soziologie –, mag auch die traditionelle Religion eine Rolle spielen. Zudem versteht sich die französische Ethnologie heute vorwiegend als Strukturanalyse, und das studentische Interesse dafür lässt zu wünschen übrig. Mehr gefragt sind solche vielversprechenden Sachen wie Ethnopschoanalyse. Schon vor zwei Jahren haben mir die Anfängerstudenten gesagt, was uns besonders in-

teressiert, ist nicht die Rolle der Ethnologie für die Dritte Welt und auch weniger die Rolle der Ethnologie für die eigene Gesellschaft, sondern ihre Bedeutung für mich persönlich.

Die Entdeckung des subjektiven Faktors ist zwar nicht neu, nur war es immer Tradition, ihn zu erkennen, um ihn möglichst einzudämmen, wohingegen die neue Tendenz ist, ihn zu bekennen, um die erstarrten Wissensformen in irgendeiner Weise ebenfalls in Bewegung zu setzen. Dies ist meines Erachtens ein Widerspruch im System, da Wissenschaft ja darauf abzielt, Aussagen zu machen, die nicht nur für jeden persönlich gelten, sondern die von anderen akzeptiert und sogar nachgeprüft werden können. Wenn jeder seine eigenen unüberprüfbar Wahrheiten produziert, löst sich die Wissenschaft auf. Allerdings mag dies eine richtige Tendenz sein, denn traditionelle Gesellschaften haben auch keine Wissenschaftler. Sie können nämlich in einer Situation, wo das Gestern genauso ist wie das Morgen, weitgehend auf ihre Alltagskenntnisse rekurrieren, die jeder erwerben kann. Heutzutage fällt es selbst Wissenschaftlern schwer, aus ihren Kenntnissen von gestern nützliche Schlüsse für die Probleme von morgen zu ziehen. Während sie versuchen, das Gestern zu verstehen, können sie schon nicht mehr feststellen, was im Augenblick passiert. Niemand lebt

mehr im Heute, sondern nur mehr in der verlorenen Vergangenheit oder in der illusionären Zukunft. Die unmittelbare Erfahrung der ablaufenden Zeit ist nicht mehr gegeben. Es gibt einige östliche philosophische Schulen – da haben sie wieder die Verbindung zu den Jugendsekten –, die die kontinuierliche Gegenwart durch die Meditation wieder einfangen wollen. Aber wissenschaftlich dürfte das schwierig sein. Wir analysieren die Vergangenheit, machen vielleicht Prospekte für die Zukunft, aber die je individuelle Erfahrung dessen, was derzeit so ist – das

Die unmittelbare Erfahrung der ablaufenden Zeit ist nicht mehr gegeben. Wir analysieren die Vergangenheit, machen vielleicht Prospekte für die Zukunft, aber die je individuelle Erfahrung dessen, was derzeit so ist – das bleibt Mystik.

bleibt Mystik. Mystiker arbeiten kein Weltbild aus, sie brauchen es nicht, weil sie es unmittelbar einsehen, es ist vollständig evident, dazu braucht es keine Wissenschaft.

M: Ich habe ein unguutes Gefühl, mir kommt der subjektive Faktor hier zu schlecht weg. Ich kann ja nicht losgelöst von mir sprechen!

Löffler: Aber Sie können abstrahieren. Und sich wohl auch eine Aussage vorstellen, die unabhängig von Ihrer persönlichen Stellungnahme dazu die Wahrheit trifft. Ethnologen gehen ja oft soweit, ihren Strukturanalysen einen grösseren Wirklichkeitsgehalt zuzumessen als sämtlichen Angaben ihrer Informanten. Sicher stellen diese Meinungen auch einen Teil der Wirklichkeit dar, und sicher beeinflussen sie auch den Gang der Dinge, nichtsdestoweniger entwickeln Gesellschaften eine Eigengesetzlichkeit. Nur so ist es erklärbar, dass an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten Prozesse ablaufen, die bemerkenswerte Gemeinsamkeiten zeigen. Wie und warum der einzelne sich dabei entscheidet, ob er überhaupt etwas merkt, ob er auf der konservativen Seite steht oder sonstwie, lässt sich dabei nicht im geringsten voraussagen, spielt aber auch keine Rolle. Denn für die Gesamtentwicklung des Systems ist das offenbar so irrelevant wie der jeweilige einzelne Aufenthaltsort von irgendwelchen Molekülen innerhalb eines Gases; die flitzen auch hierhin und dahin, und trotzdem hat das Gas seine ganz spezifischen Eigenschaften. Und unter Wissenschaftlern wird wohl auch niemand bestreiten wollen, dass unsere Wirtschaft ihre eigenen Gesetzmässigkeiten hat, denen der einzelne mehr

oder weniger ausgeliefert ist, egal, wo er steht. Insofern sind solche Aussagen für Leute, die den subjektiven Faktor gerne mögen, bis zu einem gewissen Grad inhuman. Aber eben das scheidet sie auch von den Marxisten, denn schon Marx hat geschrieben: «Der Mensch geht in seiner Produktion Verhältnisse ein, die von seinem Willen unabhängig sind.» Und nach Marx bestimmt sogar die wirtschaftliche Struktur, das Sein, das Bewusstsein. Nur transzendiert Marx dies im bemerkenswerten Satz: «Wenn die Idee die Massen ergreift, wird sie zur materiellen Gewalt.» Die Idee ist jedoch kein subjektiver Faktor, sondern die des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Wissenschaft ermöglicht die objektive Analyse. Das erklärt das grosse Vertrauen, das die marxistisch-sozialistische Position in die Wissenschaft setzt, weil der Wissenschaftler anscheinend fähig ist, sich von seiner Bestimmung durch das Sein zu lösen, um unabhängige Einsichten zu erhalten, die dann zur materiellen Gewalt werden können.

Es ist das System selber, das die neuen Werte hineinbringt, und darum sind nicht die Jugendlichen schuld und auch nicht die Alten, die da besonders reaktionär sind, sondern sie übernehmen nur die Rolle, die ihnen die Eigengesetzlichkeit unserer gesellschaftlichen Entwicklung zuweist.

Eine entsprechende These gibt es, soviel ich weiss, im bürgerlichen Lager nicht, ausser jemand behaupte überhaupt, dass die Ideen das Entscheidende sind und die Sachen in Bewegung setzen. Aber die wenigsten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler lassen sich darauf ein; selbst die Ethnopsychanalyse sucht im Subjektivism nach den Widerspiegelungen der objektiven, gesamtgesellschaftlichen Bedingungen. Sie entspricht damit viel eher den Ideen der 68er Bewegung als dem heutigen Subjektivismus. 1968 war eine der wesentlichsten Thesen die der Manipulierbarkeit der Menschen durch das System. Heute scheint diese überwunden, man hat den Schwindel durchschaut, die alten Werte und Ideale abgetan und möchte nun neuen Werten nachleben,

gleichgültig, wie das System reagiert. In meiner Analyse ist das eine fromme Selbsttäuschung: es ist das System selber, das die neuen Werte hineinbringt, und darum sind nicht die Jugendlichen schuld und auch nicht die Alten, die da besonders reaktionär sind, sondern sie übernehmen nur, ohne sich dessen bewusst werden zu können, die Rolle, die ihnen die Eigengesetzlichkeit unserer gesellschaftlichen Entwicklung zuweist. Wir beherrschen weder die Gesetze der Natur noch, aller marxistischer Euphorie zum Trotz, die unserer eigenen Gesellschaft.

Manchem mag eine solche Einsicht Angst einflössen, mir persönlich ist sie eine gewisse Beruhigung. Wenn die Zeit halt gekommen ist, dass das alte Wertesystem sich ändert, okay, dann ändert es sich eben. Ich übernehme vielleicht einen gewissen Teil des neuen Systems, und manchmal weiss ich vielleicht auch nicht, wo der Heuhaufen und wo der Strohhäufen ist. Aber diese Unsicherheit beziehe ich nicht auf meine persönliche Unsicherheit. Es ist da wohl eine Immunisierungsstrategie dahinter, ich habe weder Angst vor dem einen noch vor dem anderen. Mir wird von vielen Studenten vorgeworfen, dass ich zynisch bin. Aber Zynismus ist wahrscheinlich nichts als die Fähigkeit, die Systeme gegeneinander auszuspielen und mich da rauszuhalten. Dass ich persönlich gelegentlich meine Schwierigkeiten habe, gebe ich gerne zu. Aber das hat mit der wissenschaftlichen Analyse der Sache nicht unmittelbar etwas zu tun.

M: Ich habe einige Ausserungen von Ihnen, etwa an der Wissenschaftstagung, schon kritisch engagiert verstanden.
Löffler: Etwa mein Referat, wo es mir darum ging, die heutige Situation des Wissenschaftlers als im Übergang von einer Merit-Ökonomie in eine Profit-Ökonomie zu beschreiben. Wenn dies als Kritik am heutigen Wissenschaftsbe-

trieb verstanden wurde, dann doch nur, weil ich unreflektierte Wertesysteme in Frage gestellt habe. Aber ich meine, dass durchaus Auftragswissenschaft denkbar ist, die von bestimmten Leuten finanziert wird, damit sie hinterher einen Gewinn machen können. Dies um so mehr, wenn sich die freie Wissenschaft tendenziell auflöst, indem sie sich subjektiviert. Genau wenn Sie selber keinen Bezugsrahmen mehr haben, nicht mehr wissen, wofür Sie das eigentlich tun, und trotzdem Wissenschaftler sein wollen, dann gehen Sie zu jemandem und lassen sich von ihm bezahlen. Der sagt Ihnen dann, wofür Sie es tun, und damit sind Sie raus aus allen ethischen Problemen. Sie entwickeln zum Beispiel eine Chemikalie, um man damit Pflanzen oder Menschen umbringen, muss und darf Ihnen aber egal sein. Sie haben ja als Wissenschaftler nur Ihren Auftrag so effektiv wie möglich zu erfüllen.

M: Nun hat sich aber genau innerhalb der Ethnologie in den letzten Jahren ein markanter Wechsel vollzogen, der nicht nur ein Wechsel von der Kolonialethnologie zur Inlandethnologie ist, sondern was sich verändert hat, ist das Verhältnis des Ethnologen zu seinem Objekt, das, würde ich sagen, zum Subjekt wird.

Löffler: Gerade weil sich das so schön sagen lässt, sollte man hier vorsichtig sein. Es sind nach dem Krieg viele Hoffnungen und auch moralisch-ethische Überzeugungen hineingebracht worden, um die Ethnologie, die ja traditionell eine Kolonialwissenschaft war, aus diesem schlechten Ruf herauszubringen, sie umzuorientieren, damit unsere Wissenschaft nicht nur, wie es so schön heisst, dem Zentrum dient, sondern auch der Peripherie. Es stellt sich jedoch die Frage, wer letztlich über welche Informationen verfügen kann. Verweigern wir uns den Interessen des Zentrums, dann ergibt sich alsbald die Frage: wer finanziert die Forschung? Und es ist eben so, dass die, die Forschungen finanzieren, nor-

Solange man nicht gewisse Grundtendenzen beim anderen sozusagen in sich selber wiederentdeckt, ist Verständigung sehr schwierig.

malerweise in den oberen Rängen sitzen und nicht gerade in den unteren. Es kommt noch ein zweites dazu: Wenn wir uns nur auf die Verbindung mit denjenigen beschränken, die wir untersuchen, und die Ergebnisse nicht rauslassen, rutscht die Wissenschaft sehr leicht in das ab, was man simpel «social work» nennt.

Wenn wir Wissenschaftler bleiben wollen, müssen wir das Material trotzdem an die Institution zurückbringen, wir

müssen es analysieren, die Strukturen herausarbeiten und es allen zur Verfügung stellen. Aber statt nur das Zentrum über die Peripherie zu informieren, sollten wir auch die Peripherie über das Zentrum informieren.

Wir müssen uns zurückbesinnen auf das, was die Ethnologie schon immer behauptet hat, sie sei es: Als ich studierte, stand gross im Seminar: «Völkerkunde dient der Völkerverständigung!» Das heisst alles, was wir tun können, ist, bei den Kontrahenten (es mögen auch nur zwei Parteien sein, die Schwierigkeiten haben, miteinander umzugehen) ein gewisses Verständnis füreinander zu erzeugen. Das kann immer dazu dienen, dass der eine, der es besser versteht, der mehr Macht hat, den anderen dann besser verwalten kann. Das ist der Kolonialvorwurf.

Aber: nehmen wir es ganz praktisch, wie ich es schon bei der Jugendbewegung angeönt habe. Zweifelloso herrscht in grossen Teilen der Bevölkerung und auch bei denjenigen, die dafür gewählt worden sind, die Verantwortung zu tragen, Hilflosigkeit und Angst vor, ein Nichtwissen, was man da eigentlich tun soll, was das für ein Phänomen ist. Wenn es uns gelingen sollte, dieses Phänomen so zu erklären, dass jedermann fähig ist, darüber nachzudenken, es einzubauen in sein Verständnis der Gesamterscheinung

unserer derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, dann liessen sich vielleicht diese ganzen Überreaktionen und die ganze Gewalt, die nicht nur von der Strasse kommt, sondern auch vom Bühen, das Phänomen zu unterdrücken, hervorgebracht wird, irgendwie auflockern, um wieder zu einem Gespräch zurückzufinden. Denn wenn man seinen Partner von vornherein nicht versteht, kann man nicht mit ihm sprechen. Solange man nicht gewisse Grundtendenzen beim anderen sozusagen in sich selber wiederentdeckt, ist Verständigung sehr schwierig. Ob die Einsicht in die ablaufende Veränderung, die die Ethnologie leisten könnte, den Leuten die Angst wirklich nimmt, weiss ich nicht. Persönlich meinte ich, sie sollte es tun, aber das kann wirklich ein subjektiver Faktor sein. Die Psychoanalytiker behaupten, dass, wenn man Einblick habe in die Sachen, die einen bedrängen, man sie auch bewältigen könne – das ist ja der Zweck der Sache. So eine kathartische Wirkung stelle ich mir für die Ethnologie auch vor, vorausgesetzt, dass unsere Analysen richtig sind.

M: Eigentlich wollte ich mit Ihnen zusammen auf die Wissenschaft da oben los, merke aber, dass das nicht so leicht geht...

Löffler: Das mag daran liegen, dass die Rolle der Wissenschaft in diesem Kulturwandel noch nicht vollauf reflektiert habe. Heute hinken die Sozialwissenschaften, trotz der Aufforderung der Naturwissenschaftler von vor neun Jahren, der Analyse der aktuellen Situation noch völlig hinterher – insofern nützen die Ergebnisse den Machthabern wenig. In dem Moment, wo sich das System auf einer konstanten Ebene einpendelt, das Gestern gleich wie das Morgen aussehen würde wie in den traditionellen Gesellschaften – es ist klar, dass wir davon weit entfernt sind: Keine Partei kann auftreten und sagen, wir wollen, dass alles so bleibt wie im letzten Jahr, sondern jeder will verbessern, ob vorwärts oder rückwärts, aber verbessert werden muss –, wenn sich also die Sachen wiederholen würden, wir nicht mehr so viel raten müssten, dann könnte die Wissenschaft ihre Aussagen eher allgemein zugänglich machen. Dann würde vielleicht auch die Manipulierbarkeit der Leute geringer werden, die politische Machtarchie könnte nicht mehr sämtliche Tricks anwenden und würde etwas abgebaut, weil der Souverän ein grösseres Selbstver-

Ich stosse jeweils bei fast allen Kollegen auf starke emotionale Ablehnung, wenn ich meine These vorbringe, dass die Wissenschaft, je mehr sie sich entwickelt, um so mehr dazu beiträgt, den Menschen seiner unmittelbaren Umwelt zu entfremden.

ständnis entwickeln könnte. Was da im einzelnen passieren wird, kann ich nicht sagen. Klar ist, dass Wirtschaft und Technologie weiterhin eine grosse Rolle spielen werden, denn wenn sie es nicht täten, müssten 99 Prozent der Menschen von

heute verhungern. Die Verteilungsprobleme sind enorm, und wir werden sie nur lösen können, wenn wir mit der Zeit umdenken lernen, neue Wertesysteme akzeptieren.

M: Das ist es ja gerade! Es sieht heute ganz und gar nicht so aus, als ob die Verantwortlichen ihre Ansichten ändern würden, was wieder auf die Steinbeinschätzung der Wissenschaft zurückschlägt. An der Tagung «Ethnologie der Wissenschaft» blieb genau die Frage – die im übrigen von der einzigen Frau an der Podiumsdiskussion aufgeworfen wurde – im Raum stehen: Warum machen wir das Zeug und für wen? Und als Student muss man sich heute permanent rechtfertigen, dass man überhaupt noch studiert!
Löffler: Was tun denn die Professoren heute? Sie produzieren immer weniger

Wissenschaft, bilden dafür aber immer mehr Studenten aus, in der Hoffnung, dass diese mal Wissenschaftler werden. Für eigene Forschungen müssen sie sich beurlauben lassen. Wenn Professoren im wesentlichen mit Ausbildungs- und Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind, rutscht automatisch der wissenschaftliche Output nach unten und damit auch das Prestige der Institution. Es ist heute nicht mehr so interessant, Wissenschaftler zu werden. Entweder werden Sie Produzent von Produzenten, oder Sie steigen in einen Konzern ein, wo Sie auch nur für ganz bestimmte Aufgaben angestellt werden. In beiden Fällen ist Ihre individuelle Motivation in Frage gestellt, genau gleich, würde ich sagen, wie die eines Arbeiters. Es macht wahrscheinlich wirklich Spass, wissenschaftlich zu arbeiten, wenn man dransitzt, wenn man was produzieren und dahinterstehen kann. Aber wenn Ihnen die Verfügung über das Produkt genommen wird und Sie unter Umständen sehen müssen, dass dabei etwas rauskommt, was Sie eigentlich gar nicht wollten, so kommt vielleicht spät, aber irgendwann doch die Infragestellung dessen, was wir tun.

M: Es werden immer teure Apparate, Computer etc. angeschafft, um den verlorengegangenen Nimbus aufrechtzuerhalten: Seht, weil wir das haben, sind wir wissenschaftlich, und das ist gut!

Löffler: Teure Produktion ergibt angeblich die besseren Produkte. Aber sobald diejenigen, die sie zu bezahlen haben – und das ist letzten Endes doch das Volk –, merken, dass bei den immer teureren Mitteln auch nichts Besseres rauskommt, die Ergebnisse immer undurchsichtiger werden, immer unkontrollierbarer und gefährlicher, so dass man Angst bekommt vor der Wissenschaft, dann werden sie sich sagen: Warum sollen wir weiterhin diese Wissenschaft finanzieren?

Ich stosse jeweils bei fast allen Kollegen auf starke emotionale Ablehnung, wenn ich meine These vorbringe, dass die Wissenschaft, je mehr sie sich entwickelt, um so mehr dazu beiträgt, den Menschen seiner unmittelbaren Umwelt zu entfremden. Es ist viel angenehmer zu glauben, Wissenschaft sei eine segenbringende Tätigkeit. Niemand sieht sich in seiner Wertschätzung gern in Frage gestellt. Dies heisst nun aber nicht, dass ich gegen die Wissenschaft votiere. Im Gegenteil: unter den heutigen Bedingungen ist sie für unser Überleben unabdinglich. Das gilt wie gesagt insbesondere für die Wirtschafts- und die Naturwissenschaften. Nun stellt sich aber das Seltsame ein, dass die technischen Fächer bereits unter Nachwuchsmangel leiden, bei der ganzen Überfüllung, die es sonst gibt! Braucht man die Leute wirklich, die jetzt alle zu den philosophischen Fächern rennen? Vielleicht braucht man sie wirklich, meistens wissen die Studenten besser, wo sie gebraucht werden. Aber meine Argumentation würde darauf hinauslaufen: Wir Sozialwissenschaftler sollten etwas getan haben, wir haben es nicht getan, wir laufen sowieso hinter der Entwicklung her, die Gesellschaft wird sich vor uns entwickeln, und wir denken wieder mal hinterher. Also braucht man uns gar nicht!

M: Also sollen wir zusehen, wie alles zusammenklappt?

Löffler: Vielleicht ist man da als Zuschauer in gar keiner schlechten Rolle. Ein Sozialwissenschaftler, der richtungweisend arbeiten will, gerät zwangsläufig in die Politik und unter Beschuss.

Wer sich auf Naturgesetze und «hard facts» berufen kann, hat da wesentlich mehr Kredit. Die Gesetze der Natur sind nicht manipulierbar wie die der

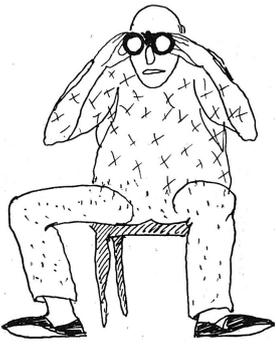
Gesellschaft. Gesellschaft scheint machbar. Und was wir machen wollen, darüber entscheiden wir demokratisch, dazu haben wir ja die Demokratie. Mithin steht es dem Sozialwissenschaftler zwar zu, das Seine zum Verständnis des Ist-Zustandes beizutragen, aber er hüte sich davor, für den

Also zusehen, wie alles zusammenklappt?

Souverän entscheiden zu wollen, was sein soll.

Das Peinliche an dieser Konstruktion ist allerdings, dass der Souverän in seinen Entscheidungen so souverän gar nicht ist. Da er den Ist-Zustand mangels Durchschaubarkeit gar nicht analysieren kann, entscheidet er sich weniger rational denn emotional, das heisst durch Bezug auf die ihm gesellschaftlich vermittelten Werte. Ändert sich das Wertesystem, so ändern sich seine Entscheidungen. Über das eigentlich Entscheidende, nämlich die Änderungen im Wertesystem, kann er gar nicht entscheiden. Mithin auch nicht über die in der Gesellschaft durch solche Änderungen auftretenden Konflikte.

Sind wir also diesen Änderungen hilflos ausgeliefert? Solange die Sozialwissenschaftler den Ereignissen hinterherlaufen, sicherlich ja. Aber der Wertewandel fällt nicht vom Himmel, er ist durchaus «machbar». Er ist sogar aufwändig: Den besten Beweis dafür liefern den Ethnologen die Daten aus der Kolonialzeit. Die Dritte Welt ist voll von Beispielen für einen ununterbrochenen Wandel, und die Ethnologen haben seit Jahren die exogenen und endogenen Faktoren solchen Wandels untersucht. Vielleicht macht dieser Hinweis klar, welches Erkenntnispotential hinter einer Ethnologie der eigenen Gesellschaft lauert. Das Gefährlichste daran ist, dass unsere Erkenntnisse noch recht fragmentarisch sind – es kann tödlich sein, damit zu experimentieren. Es gibt eben kein besseres Mittel, das Paradies zu verlieren, als vom Baum der Erkenntnis zu essen.



Studentenschaften

MM. Kein Knüller. Eine schlechende Krise. Brachten die siebziger Jahre den erfolgreichen Angriff auf die sich nach den öber Ereignissen stark politisierenden Zwangskörperschaften, so schlägt heute das Pendel an der Uni Zürich - exemplarisch? - wieder zurück. Die Behörden werden nicht mehr froh ob ihres Destruktionwerks, privatrechtlich organisierte Studentenverbände stellen keinen offiziellen Gesprächspartner dar. Dieser Zustand fördert die Entstehung «anonymer Gruppen» (Uni-Zh-Rektor Hilty). Wollen wir wieder öffentlichrechtliche Organisationen? Mit allen Freiheiten, vielleicht. Doch die stehen in den Sternen. Die übriggebliebenen Zwangskörperschaften (BE, FR) sehen sich Angriffen von aussen und innen gegenüber, die Mix-Lösung à la VSETH bringt dem Verband ein Mehrfaches an Mitgliedern zum Preis einer sauberen Integration in den Gesamtbetrieb. Aus Basel nur ein oppositioneller Text zur bestehenden, privatrechtlichen Opposition. Überall: die Klagen über die mangelnde Basis, das Auseinanderklaffen von letzten Resten an Ideen, Vorstellungen und Hoffnungen, die noch in unseren Köpfen dümmern, und der tristen, kaputtmachenden Uni-Realität, dem trägen, sturen Apparat. Als Linke an den Hochschulen müssen wir Überlebensstrategien entwerfen, um zum Leben zurückzufinden. Wir wollen uns nicht als aufrechte Einzelkämpfer erheben. Welches Hauptes individuell verheizen. Welche Inhalte? Welche Formen?

Zürich

VSU - Kind verschiedenster Erwartungen

Will man die Organisationsstrukturen des VSU verstehen, so muss man sich mit der früher einmal existierenden Studentenschaft beschäftigen. Nachdem diese aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids liquidiert werden musste, machte man sich daran, eine Nachfolgeorganisation auf die Beine zu stellen, eben den VSU. Der VSU war das Kind der verschiedensten Erwartungen. So sollte er Nachfolgeorganisation der Studentenschaft auf privatrechtlicher Basis sein, sollte die von der Studentenschaft aufgebauten Dienstleistungen auch weiterhin garantieren, sollte die Interessen seiner Mitglieder gegenüber universitären und staatlichen Behörden vertreten sowie auf eine neue offizielle Studentenschaft hinarbeiten.

In den ersten zwei Jahren wurde eine Unmenge Energie in den Verband gesteckt. Die hochschulpolitischen Gruppierungen verheizten reihenweise Leute, damit der riesige Apparat ähnlich gut funktionierte wie vorher. Ziel war es, einen grossen Teil der Studierenden als Mitglieder zu gewinnen, um die Legitimation als Sprachrohr der Studenten an der Uni Zürich zu erhalten. Dieses Ziel war eindeutig zu hoch gesteckt. Es zeigte sich, dass sich längerfristig nur ca. 20% der Studenten organisierten, dass die restlichen 80% versuchten, so schnell wie möglich wieder aus der Bildungsanstalt herauszukommen, sich überhaupt nicht mit deren Problemen, das heisst ihren eigenen Problemen, konfrontieren lassen wollten. Letzteres darf deshalb behauptet werden, da die studentischen Vereine neben dem VSU absolut keine Leute hinter dem Ofen hervorlocken konnten und nur noch von einigen rechtslastigen Scharfmachern über Wasser gehalten werden. - Nebenbei hat der

VSU im EGStR (offizielles studentisches Wahlmänner-Gremium) mehr als 70% aller Sitze, was klar für sich spricht. Das politische Leben an der Uni würde somit nur vom VSU und seinen Arbeitsgruppen geprägt. Das Problem, das sich ergab, war, dass man im Gegensatz zu früher die Leute, die man in die Exekutive wählte, nicht mehr bezahlen konnte. Stipendienkürzungen, Studienzeitbeschränkung und schärfere Selektion trugen das Ihre dazu bei, dass man zwar Leute hatte, die sich für die Arbeit im Verband interessierten, sich jedoch total überlastet fühlten. Bei den Verbandsaktivitäten waren die gleichen Symptome zu beobachten. Die Folge war, dass die Leute von der Arbeit enttäuscht waren. Man nahm sich kaum noch Zeit, Probleme innerhalb des Verbandes, tagespolitische Ereignisse und verbandspolitische Perspektiven ausdiskutieren. Beim Ausbruch der Jugendunruhen im Mai 1980 zeigte sich, dass sich viele

Leute soweit radikalisiert hatten, dass sie die Arbeit in Legislative und Exekutive des Verbandes ablehnten, da sie ihnen nichts zu bringen schien. Daneben haben sich aber auch viele dieser Leute in Arbeitsgruppen des Verbandes engagiert und dort grundsätzliche Probleme aufgegriffen, die sich uns an der Uni stellen. So arbeitet die Frauenkommission des VSU an der Vorbereitung eines Frauengrundstudiums oder organisiert die «Arbeitsgruppe Alternatives



Freiburg

AGEF - heute

Seit Jahren steckt die AGEF in einer Partizipations- und Effizienzkrise. Als Zwangskörperschaft organisiert, somit durchschnittlich 4000 Mitglieder pro Semester zählend, schlägt sie sich mit einem 100 000-Fr.-Budget herum; hauptsächlich Geldschlucker sind die Studententeilung («Spectrum»), Aktivitäten der Fachschaften, der kulturellen Gruppen (Ciné-Club, Folk-Club, Theater am Stalden, Uni-Orchester etc.) sowie der VSS-Beitrag.

«Studentenpolitik? - Qu'est-ce que je m'en ballade... Das sind sowieso nur linke Unzufriedene, die an allem herumstänkern! Zustände bringen sie doch nichts; eine faule Bande, dieses AGEF-Komitee! Im übrigen hab' ich keine Zeit, mich zu engagieren; das Studium verlangt all meine Energie; ist mir auch wichtiger! etc., usw., non far niente...»

Immer die gleichen, wenigen Köpfe sind's, die sich im Namen des ganzen «Hochschulclubs» engagieren, zermürben, sich an ein paar Aufstellern festklammern oder sich frustriert zurückziehen: Ein konzentriertes Engagement in politischen oder kulturellen Gruppen der Stadt ist sehr oft intensiver an Streicheleinheiten, bringt konkretere Resultate: vive Freiburg!

So ist es kaum erstaunlich, dass letzten Herbst das AGEF-Komitee nur mit drei Idealisten besetzt werden konnte (normalerweise sind es mindestens deren fünf). Die «nebenamtliche» Beschäftigung zwang alle drei zu einem quasi totalen Studienunterbruch. Bei dieser Unterbesetzung war der Aufgabenbereich einfach zu weit gesteckt: als Komitee-Aktivisten sollte man beinahe überall mitmischen, anreisen, organisieren, vermitteln, Interessen vertreten... (ähz?). Logisch, dass dabei der Frustrationspegel ziemliche Höhen erreicht: Jeder muss

mehrere Schwerpunktarbeiten übernehmen, dabei aber bald merken, dass er nirgends die nötige Zeit und Energie aufzubringen vermag, sich maximal einzusetzen; ein Erfolgsvakuum, Mangel an wichtigen Ideen, an Originalität, aber auch an Kontinuität der Arbeit ist somit unvermeidlich.

Dies könnte immerhin durch effektive Arbeit der Basis kompensiert werden; mit wenigen Ausnahmen (Sozialarbeiter-, Psychologestreiks, einige Alternativveranstaltungen) überschäumen die Fachschaften allerdings nicht an Aktivismus.

Grosse Hilfe kann hier auch vom Studenterrat nicht erwartet werden, der, zwar eine progressive Mehrheit besitzend, sich vornehmlich mit formalistisch-juristischer Kleinkrämerei begnügt: «Sollen dem einzigen Genossenschaftsbuchladen der Stadt (Lindwurm) Genossenschaftscheine gezeichnet und somit aus der Finanzklemme geholfen werden, obwohl nach Paragraph XY, OR, eine Privathaftung der Genossenschaftler bestehen könnte? Ja? Nein? Am besten gleiche ich ein eingehendes Gutachten erstellen lassen! Soll die Sache etwa rentieren?... (Jedenfalls verzichtet der Buchladen nunmehr lieber auf eine Genossenschaftsmitgliedschaft der AGEF!) Kein Wunder, wenn sich beinahe kei-

ne Kandidaten (-innen) für dieses Phantogremium finden wollen, die Wahlenteilung jeweils enthusiastische Formen annimmt (unüberschaubar-dramatische Warteschlangen vor den Urnen!).

Der Schwarzmalerei genug, seien auch ein paar positive Aspekte festgehalten: Trotz der Überbelastung versuchten wir vom Komitee, nicht nur einem verwaltnerischen Funktionärsdasein zu frönen, sondern Aufbauarbeit zu leisten. Verschiedene Reformideen und Neuerungen (siehe AGEF-Zukunft) sind erst in unseren Köpfen realisiert; andere haben bereits konkrete Formen angenommen (Beispiel «Pavé», wöchentlich-aktuelle Info-Kleinzeitung). Erzielt werden müssen Reformen auf verschiedenen Ebenen, die eine effizientere Aktivität erlauben, deren Resultate denn auch die Partizipation anheizen sollten; offensichtlich ist die Wechselwirkung zwischen Effizienz und Partizipation.

Unbedingte positiv zu erwähnen ist das «Centre-Rue-Fries»: Parallel zur AGEF führt hier eine Student(in)enéquipe das Student(in)enzentrum, vielfältige alternative Freizeitmöglichkeiten organisierend (politische Vorträge/Diskussionen, kulturelle Veranstaltungen, Begegnungsort), die sich auch auf studententypische Anliegen auswirken.

Die AGEF jedoch braucht dringend neue Organisationsstrukturen, neue Impulse und nach wie vor viel idealistisch investierte Energie, da seitens der kapitalistischer Machtpolitik hörigen Behörden immer heftigere Restriktionsmassnahmen dekretiert werden gegen die studentenspezifischen geforderten Postulate «Demokratisierung des Uni-Zugangs» (gegen den sozialen «Numerus clausus») und «Demokratisierung der Studienbedingungen» (gegen den versteckten «Numerus clausus»/uni-interne Selektionsmechanismen; in Freiburg speziell mit

«Lehrangebot» eine Wissenschaftswoche, wo dann auch ziemlich radikal unsere Rolle als Wissenschaftler in einem bürgerlichen Lehrbetrieb hinterfragt wird.

Ähnliches ist auf der Ebene der Fachvereine zu beobachten. Historiker und Ethnologen haben ihre Organisation aufgelöst. Nicht zuletzt aus der Erfahrung, dass es ihnen nicht gelingt, einen echten Einfluss auf professorale und behördliche Entscheidungen zu nehmen. Bei den Biologen hatte sich diese Erkenntnis schon längere Zeit durchgesetzt. Man machte sich dort wenig Illusionen über die Durchsetzung einer echten Mitbestimmung. Heute ist es so, dass sich zwar immer noch ein paar Unverwüstliche in Gesprächen über studentische Probleme mit Professoren und Verwaltung aufreihen, dass aber die meiste Energie in Lehrveranstaltungen gesteckt wird, die es den Biologiestudenten ermöglichen, sich mit fachlichen Problemen, z. B. juristischen Fragen des Umweltschutzes, auseinanderzusetzen, um die sich die Mehrzahl der Professoren in ihren Lehrveranstaltungen einen Dreck kümmert.

Diese Tendenzen mit einem Rückzug ins Private gleichzusetzen wäre falsch. Man ist sich anscheinend vielmehr im klaren, dass sich zurzeit mit legalen Mitteln wenig gegen den Machtapparat der Universität machen lässt, dass man die Universität nicht als autonome Institution begreifen darf, wo man eben noch versuchen könnte, sich einen kleinen Freiraum zu erkämpfen. Nicht verwunderlich, trifft man sehr viele Studenten in der Jugendbewegung oder in anderen ausseruniversitären Gruppierungen.

Die Exekutive des VSU, die sich dieses Semester aus ganz neuen Leuten zusammensetzt, hat versucht, die Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen. Für uns war es wichtig, dass wir weniger auf tagespolitische Ereignisse reagieren, dass wir ähnlich den Behörden professionelle Arbeit liefern, sondern dass wir uns auf wenige Themen konzentrieren und diese auch durchgehend diskutieren. Inwieweit uns dies gelungen ist, sei dahingestellt.

Gleichzeitig versuchten wir den Grossen Delegiertenrat in ein Gremium umzuwandeln, in dem wir grundsätzliche Fragen diskutieren, Leitlinien für eine längerfristige Politik an der Uni ausarbeiten können. Dies im Gegensatz zu früher, wo der GD zum Gremium degeneriert war, das nach altparlamentarischer Manier die Aktionen der Exekutive absegnete.

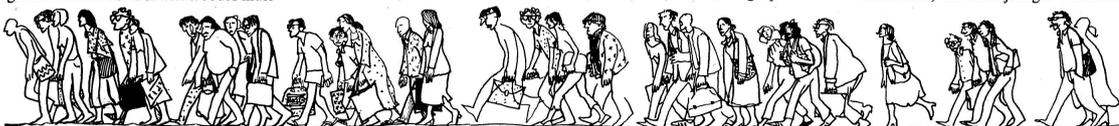
Neben dieser Diskussion in der Legislative wollen wir vermehrt versuchen, die übrigen Verbandsmitglieder in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen. Das heisst, wir werden in Zukunft pro Semester eine bis mehrere Vollversammlungen durchführen, um über aktuelle Probleme zu reden, neue Arbeitsgruppen zu gründen und um den Informationsfluss zwischen Verbandsmitgliedern und -aktivisten zu verbessern.

Die Schwierigkeiten, die im letzten Jahr im VSU aufgetreten sind, als Krise abzutun, ist verfehlt. Es hat sich hier wohl eher um einen personellen und politischen Umstrukturierungsprozess gehandelt, von dem wir in Zukunft profitieren könnten. Dass unsere lockere Organisation und nichtprofessionelle Arbeit eine Stärke ist, beweist auch folgendes Zitat aus der Rede des Rektors Hilty anlässlich des letzten Dies academicus:

«Trotzdem muss das Problem der erneuten Schaffung von - gesetzlich abgesicherten - offiziellen, weniger privaten Strukturen der Studentenschaft geprüft werden. Die Schaffung solcher Strukturen könnte wohl die Gefahr besser bannen, dass einzelne Gruppen - innerhalb oder ausserhalb eines privaten Vereins - anonym, das heisst unter nicht fassbaren Tarnnamen, zu unbewilligten und somit bewusst provokativen Aktionen aufrufen, wie dies bei der Protestkundgebung gegen das Videoverbot oder beim Streikversuch der Fall war. Hier ist kein Gespräch mehr möglich. Mit solchen Gruppen kann das Rektorat - was geschehen ist - nur noch via Flugblatt verkehren oder im Notfall - was vorbereitet war - durch Anwendung von Gewalt. In diesem Sinne bleibt das Problem der Strukturen der Studentenschaft gestellt.»

Hilty gibt hier unzweideutig zu verstehen, für welche Zwecke er die neu zu schaffende Studentenschaft gebrauchen will. Der VSU hat sich in der Vergangenheit über die verschiedensten Modelle einer zukünftigen Studentenschaft Gedanken gemacht. Wir betonen, dass eine autonome Studentenschaft ganz in unserem Sinne ist, doch ist es unter den gegebenen Umständen klar, dass nicht wir, sondern das Rektorat mit einem Modell an die Öffentlichkeit treten muss. Zurzeit sind wir, als einzig relevante Gruppierung, die die Interessen der Studentenschaft vertritt, nicht gezwungen, jeden Vorschlag, der in Richtung einer neuen Studentenschaft gemacht wird, zu begrüssen.

m. k./KD-VSU



dem staatsrätlichen «Arrêt Cottier» - dem freiburgischen Gilgen - sanktioniert, welches Restrukturations- und Rationalisierungsmassnahmen auf Kosten von Methodenpluralismus und Studienfreiheit verlangt). Mit dem Scheinargument der Finanzknappheit wird auch noch versucht, den ganzen Poptanz glaubwürdig und als Sachzwang darzustellen: in Wirklichkeit ein missiges Festklammern am herkömmlich-elitären Bildungskonzept.

Unsere einzig mögliche Antwort: Arrêtez Cottier!

Bernard Gutknecht

AGEF-Zukunft

Die jetzige Form der Zwangskörperschaft ist wohl auf die Dauer nicht mehr zu halten, einerseits weil die latente «Gefahr» der Auflösung eine konstante Bremse in bezug auf in den Augen gewisser rechtsstehender Studenten zu weit greifende Aktionen ist, andererseits weil durch die aus ihr erfolgende Automatisierung der studententypischen Aktivitäten die Mitarbeit der Betroffenen nicht gerade gefördert wird. Als Rahmenlösung schwebt uns eine Struktur im VSETH-Stil vor, die uns als Grundlage für eine Neustrukturierung dient, welche zurzeit vorgenommen wird, da allerdings von der Erziehungsdirektion her eher auf eine Abschwächung der studententypischen Tätigkeiten tendiert wird, ist das neue Modell, das beim Kanton kaum auf grosse Begeisterung stossen wird, primär als eine Art Rückendeckung gedacht, die im Falle einer Auflösung der Zwangskörperschaft eine kontinuierliche Arbeit ermöglichen würde.

Neben dieser Erneuerung der Rahmenbedingungen wird für dieses Herbst eine Ausdehnung der Komitee-Arbeit vorbereitet; die drei jetzigen Komitee-

mitglieder, die theoretisch zu einem Zehntel (d. h. 1/2 Tag in der Woche) angestellt sind, die aber faktisch neben den AGEF-Tätigkeiten kaum noch für etwas anderes Zeit haben, sind stark überlastet, so dass mehrere Funktionen der Studentenschaft nur noch unbefriedigend erfüllt werden können: Bereiche, in denen Verbesserungen vorgesehen waren (z. B.: Wohnsituation - es scheint zurzeit überall in der Schweiz «in» zu sein, ein Freiburger Altstadthaus zu kaufen, um dort jedes Jahr einige Wochen in einer intensiv restaurierten Wohnung verbringen zu können - Studentenarbeit: 53% der Freiburger Studenten arbeiten neben dem Studium, um ihre unbefriedigenden bzw. nicht vorhandenen Stipendien zu kompensieren), sind aus zeitlichen Gründen nur noch weiterverwaltet

Fortsetzung auf Seite 8

das konzept

Verantwortlich für diese Nummer: Jürg Fischer, Martin Manti

Redaktion: Marianne Fehr, Georg Hodel, Nicolas Lindt, Liselotte Suter

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon 0 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern.

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierende an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnemente: pro Jahr 22 Fr. (Ausl. 30 Fr.), PC-Konto 80-37626

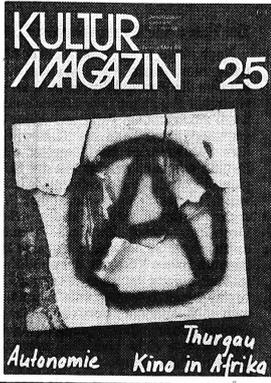
Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.

Tel. 0 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

1-sp-mm-Zeile (27 mm) - 72 Fr. Gültiger Tarif Nr. 82

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Februar/März 81



April/Mai 81

Juni/Juli 81



Kennen Sie das

Kulturmagazin?

Da hat alles Platz!

Erhältlich im
(Alternativ-)Buchhandel
oder bei:
KuMa
Pf 266, 8042 Zürich
Preis: 4 Fr./Abo 22 Fr.

Nummer 28/29:
Demokratie-Zerfall
(erscheint Ende September)



Stiller, Zürich, BRN

Man kann sich ja nicht von allem sofort ein Bild machen.

Etwas rascher geht es, wenn man regelmässig den Tages-Anzeiger liest. Er pflegt keine Schwarzweiss-Malerei, er geht ins Detail. Er lässt ganz verschiedene Perspektiven gelten und verlangt nicht, dass man immer seinen Standpunkt teilt.

K 8013

Name

Adresse

Fakultät/Semester

Tages-Anzeiger

Senden Sie den Coupon zusammen mit einer Kopie Ihrer Legitimationskarte an: Tages-Anzeiger, Vertrieb/Verkauf, Postfach, 8021 Zürich.

Ich erhalte

30%

Studentenrabatt.
Eine Kopie meiner Legi liegt bei.

Ich abonniere den Tages-Anzeiger inkl. Magazin.

Zahlungsweise:

- jährlich Fr. 99.75
 - halbjährlich Fr. 50.40
 - vierteljährlich Fr. 25.50
- Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Kaum zu glauben:
Xerox-Kopien zu 8 Rp. das Stück!
(Ab 70 Stück 7 Rp.)

Keinerlei Sortierkosten!

Kopien aus Büchern nur 15 Rp.!
Mit Legi 10% billiger!

KOPIRRSINN!

Druck von Liz-Arbeiten und
Dissertationen!

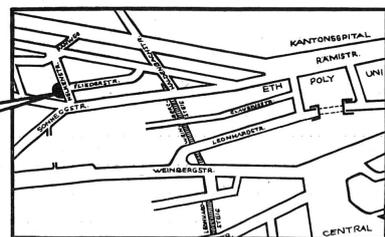
Wir drucken auch
Verilith und Offset!

Wir lochen,
heften und binden!

Individuelle Beratung!



LetraLetters
Beschriftungsfolien
für Büro, Schule, Haushalt
und Hobby!



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ / Nelkenstr. 7 / 8006 Zürich / (01) 361 01 31



Die Wochenzeitung

Vom ersten Tag an dabei sein – ab Oktober jede Woche

Weil wir annehmen, dass Sie zu denen gehören möchten (mit bis heute bereits 1693 anderen), die von Anfang an dabei sind ohne eine Nummer zu verpassen, bieten wir Ihnen heute schon Abos an:

- Normal-Abonnement 80.-
- Unterstützungs-Abonnement 150.-
- Geschenk-Abonnement* 80.-
- 2-Jahres-Abonnement normal 150.-
- 2-Jahres-Abonnement Unterstützung 300.-
- Ausland-Abonnement 300.-

Land/See: 90.- – 110.- Luft: Tarife erfragen
 Ich habe Obligationen der Genossenschaft infolink im Betrag von mind. 5000 Fr. gezeichnet (beachten Sie bitte « wir starten »). Ich wünsche, dass die Abonnementkosten jährlich mit der Zinszahlung verrechnet werden.

Das Abonnement gilt als verlängert, sofern es nicht bis spätestens 60 Tage vor Ablauf ausdrücklich gekündigt worden ist.

Name
 Vorname
 Beruf
 Strasse
 PLZ/Ort

Talon einsenden an: Die Wochenzeitung, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich
 * (Evtl. Zustelladresse für Geschenkabo auf Zeitungsrand)

Initiative der Studentenschaft und Entwurf der Erziehungsdirektion für ein neues Universitätsgesetz

Es tut sich was an der Uni Bern

Die SUB (Studentenschaft der Uni Bern) bewegt sich, wengleich nur ein kleiner Teil der Studierenden. Zum einen muss in einem Schlussprotokoll die Zahl der Unterschriften für unsere «Initiative für demokratische Hochschulbildung – Uni für alle» auf 12 000 (gültige) gebracht werden, damit diese zustande kommt. Doch auch die bernische Erziehungsdirektion hat einen Entwurf für ein neues Universitätsgesetz ausgearbeitet, dies in einer Partialrevision, in welcher nun der Akt der parlamentarischen Beratung (in einer Kommission) über die Bühne geht. Des weitern wird an einer gesamtuniversitären Generalversammlung am 25. Juni über eine Statutenänderung unserer Studentenschaft beraten. Zur Diskussion steht eine Abschaffung des Studentenparlaments zugunsten einer regelmässigen GV der Studierenden.



Folgend nochmals die wichtigsten Forderungen unserer Initiative:

- **drittelparitätische Mitbestimmung** (Verhältnis der Vertreter der Dozenten, des Mittelbaus und der Studierenden nach dem Schlüssel 1:1:1)
- **Erleichterter Zugang zur Uni** (auch ohne Matura, Ausbau des Erwachsenenbildungswesens)
- **Dezentralisierung der Universitätsleitung**
- **Demokratischere Forschungs- und Finanzplanung**, indem deren Rahmenplan vom Grossen Rat (Legislative des Kantons Bern) verabschiedet werden muss

Anstoss zu dieser Initiative gab die

jetzige Situation der Studenten, vermittelt durch das geltende Universitätsgesetz aus dem Jahr 1954, in welchem die Mitbestimmung nicht verankert ist. Verschiedene Entwürfe sind gescheitert, so derjenige einer ausserparlamentarischen Expertenkommission (1969-72: NUGAPEK) und ein Entwurf der Verwaltung 1974.

Tauziehen um Mitbestimmung

Zurzeit wird von der bernischen Erziehungsdirektion ein weiterer Versuch für ein neues Unigesetz unternommen, dies in einer Teilrevision. Vom Formellen her scheint es diesmal zu klappen, doch inhaltlich hat das Tauziehen der verschiedenen Interessengruppen vor allem in der Frage der Mitbestimmung eingesetzt. Im vorliegenden Entwurf der ED ist diese bloss mit einer «Kann»-Formulierung umschrieben, was heisst, dass die Fakultäten an ihren Sitzungen, wo grundsätzliche Bescheide gefällt werden, die Studentenvertreter von der Mitbestimmung ausschliessen können. Die Studentenschaft hat zudem als Minimalforderung eine Vertretung im Verhältnis von 1:1:1, wie dies an der Uni Neuenburg verwirklicht ist, vorzuschlagen.

Fortsetzung von Seite 6

worden. Angestrebt wird ein Komitee von zehn bis fünfzehn Leuten, in dem sich jeder um einen bestimmten Bereich kümmert und ein bis zwei Personen als Koordinatoren fungieren; die Komiteemitglieder sollten vor allem Vertreter aus schon existierenden politischen oder kulturellen Gruppierungen sein und einen Bereich übernehmen, der in enger Beziehung zu ihren anderen Aktivitäten steht, und nicht mehr Vertreter der eigenen Herrlichkeit, die aufgrund vager Vorstellungen, die sich der Studententrat über ihre politische Gesinnung bildet, gewählt werden.

Präzisere Arbeitsstrukturen werden diesen Sommer von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet werden (diese besteht al-

lerdings zurzeit hauptsächlich aus den drei aktuellen Komiteemitgliedern).

Daneben gibt es noch einige konkrete Projekte, die zum Teil bereits auf dem Weg zur Verwirklichung sind und die nächstes Jahr zu Ende bzw. weitergeführt werden sollen:

- **Verschiedene Studienreformprojekte**, die in den einzelnen Fachschaften geplant sind, sollen unterstützt und koordiniert werden.
- **Am Anfang des nächsten Wintersemesters** wird ein offizieller **Studieneinführungstag** mit Hilfe von verschiedenen uniexternen politischen Gruppierungen organisiert; es soll, vor allem in kleinen Gruppen, über die gesellschaftlichen Funktionen der Universität und der einzelnen Fachbereiche diskutiert werden.
- **Eine (sehr kleine) Gruppe** erarbeitet ein Projekt einer **selbstverwalteten Men-**

Die Frage der Zwangskörperschaft

Noch ein anderer Punkt ist in der Partialrevision nicht ganz unumstritten, nämlich die Zwangskörperschaft, welche weiterhin in Artikel 15 des Revisionsentwurfs verankert ist. Aufgrund dieser Organisationsform kann die SUB von jedem Studierenden pro Semester einen Beitrag erheben, welcher mit der Kollektionspauschale einbezogen wird. Von verschiedener Seite wurden schon Versuche unternommen, die gesetzliche Grundlage dieser Zwangskörperschaft aufzuheben. So bei einem früheren parlamentarischen Vorstoss, der ohne Zweifel auch bei der Beratung des neuen Universitätsgesetzes wieder aufs Tapet kommen wird, aber auch durch eine kürzlich erfolgte Aktion eines Studenten, welcher den Beitrag nicht bezahlte, worauf er exmatrikuliert wurde. Sein Rekurs an die Erziehungsdirektion wurde aber von dieser abgewiesen, den auch sie hält nach wie vor an einer Zwangskörperschaft fest. So schreibt sie in einem Vortrag zur jetzigen Teilrevision des Gesetzes: «Die Stellung des einzelnen Studierenden in der Universität wird beibehalten, ebenso die Bildung der Gesamtstudentenschaft aus allen Immatrikulierten. Diese sogenannte Zwangsgliederschaft, die eigentlich kein Mitwirkungsrecht in studentischen Organisationen darstellt, ist ausser den Beiträgen, die hauptsächlich für die Dienstleistungen der Studentenschaft bestimmt sind, mit keinerlei Zwang verbunden. Wegen der klaren gesetzlichen Grundlage ist die Gesamtstudentenschaft auch nicht verfassungswidrig. Trotz Kritikern, welche die Gesamtstudentenschaft abschaffen möchten, erachten wir diese weiterhin als notwendig, insbesondere im Zusammenhang mit den Mitwirkungsrechten und der Bestellung der studentischen Vertreter.»

Hier wird ein gewisser Zusammenhang der Zwangskörperschaft und der Mitbestimmung sichtbar. Zwar kann aus jener nicht unmittelbar das Recht auf Fortsetzung auf Seite 9

sa, die ab nächstem Herbst (1982) geführt werden soll.

Zum Schluss ein paar Alpträumeideen, die ab und zu in Eintagsfliegenform zwischen zwei Büros herumschwirren: **Ausbau des Sozialdienstes** (z. Z. vor allem Stipendienverteilung), Schaffung eines vernünftig funktionierenden **Arbeitsvermittlungsbüros**, Versuch einer Lösung des Wohnproblems auf zwei Ebenen (einerseits politische Arbeit auf Gemeinde- und Kantonebene, andererseits Kauf und/oder Verwertung von Wohnhäusern durch die AGEF) usw. Ein schmaler Lichtstrahl: Es wurden bereits einige Leute gefunden, die bereit wären, unter den oben skizzierten Umständen ab nächstem Herbst in einem erweiterten AGEF-Komitee mitzuarbeiten.

Jean-François

Offener Brief an den Staatsrat des Kantons Tessin

Bern, 19. 6. 81

Sehr geehrte Herren,

der Kanton Tessin hat seine Ausgaben für Stipendien gekürzt. Das anerkanntermassen grosse Defizit des Tessins hat dazu geführt, dass der Kanton sein Stipendienwesen entscheidend verschlechtert hat. Der VSS hat sich gegen diesen Abbau von Sozialausgaben für die schwächeren Volksschichten gewandt. Ihre Antwort auf unsere Intervention hat uns erstaunt. Der Ton Ihres Briefes vom 12. 5. entspricht nicht dem Ernst der Sache. Der VSS hat anscheinend einen wunden Punkt der Tessiner Regierung getroffen: «... unser Kanton hat, gerade wegen all dem, was er bisher getan hat und auch in Zukunft tun wird, keine solchen unhöflichen Belehrungen nötig...»

Wir haben nie bestritten, dass Ihr Kanton in den letzten Jahren bemüht war, ein interessantes Geldbewilligungssystem einzuführen, damit das Recht zu studieren Realität wird. Gerade deshalb verstehen wir diesen Rückschritt nicht, denn die vergangenen Bemühungen, so löblich sie auch sind, rechtfertigen in keiner Weise den gegenwärtigen Irrtum. Sie schreiben: «Wir haben uns nicht zu schämen für das, was das Tessinervolk für seine Jugend getan hat.» Das stimmt! Aber dies so sicher zu behaupten, bedeutet dies nicht, das Gewissen zu beruhigen?

Als Beweis erwähnen Sie das interkantonale Abkommen über die Hilfe an die Hochschulkantone. Der Beitrag des Kantons Tessin an die Hochschulkantone kann aber nicht mit seinen Stipendienausgaben verrechnet werden! Das wäre eine fatale Fehlauflage dieser «Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen». Ausserdem ist es absurd, dass man einerseits dem Kanton Genf für Tessiner Studenten ohne Matura Beiträge zahlt, aber andererseits diesen Studenten jede Subvention verweigert, seien es Stipendien oder Darlehen.

Gerade diese Studierenden auf dem 2. Bildungsweg sind besonders abhängig vom schlechten Arbeitsmarkt und auf

öffentliche Hilfe angewiesen. Sie sind aber als «praktische» Akademiker auch von grossem Wert für die Allgemeinheit.

Ein intelligentes und grosszügiges Stipendiumsysteem, das die Interessen der Gesellschaft und des Individuums beachtet, ist die einzige Garantie eines freien Zugangs zu einer genügenden Ausbildung für alle sozialen Schichten. Sie haben unsere Argumente gegen Ihren Stipendienabbau nicht widerlegt. Dies erlaubt uns, klar gegen Ihre Verordnung vom 18. 2. 81 Stellung zu beziehen und besonders folgendes in Frage zu stellen:

- die Aufhebung der «sozialen Mündigkeit» mit 25 Jahren; ein Alter, in dem Studierende als nicht mehr abhängig von ihren Eltern betrachtet werden (oder schon nach zwei Jahren Arbeit);
- die Verweigerung irgendeiner Hilfe an Studenten ohne Matura;
- die Tatsache, dass Ihr Entschluss rückwirkend ist, was verfassungswidrig ist - die Rechtsprechung des Bundesgerichts unterstellt die Rückwirkung bestimmten Bedingungen, und im vorliegenden Fall ist es klar, dass eine Verletzung der Rechte, die den Studenten und Lehrlingen zustehen, vorliegt;
- die Aufhebung der reinen Stipendien, so dass nur noch Ausbildungsbeiträge als Kombination von 75% Stipendien und 25% Darlehen gewährt werden;
- die Abwesenheit geeigneter Massnahmen im Falle der Unmöglichkeit der Rückzahlung durch Personen, die die Ausbildung abgeschlossen haben und sich in einer prekären Finanzlage befinden.

Wir hoffen, mit Ihnen in ein fruchtbares Gespräch über diese Punkte zu kommen, um einen besseren Ausweg aus den Finanzschwierigkeiten Ihres Kantons zu finden.

Hochachtungsvoll grüsst Sie im Namen des VSS und seiner Sektionen die Stipendienkommission des VSS



Fortsetzung von Seite 8

Mitbestimmung abgeleitet werden, aber umgekehrt lässt sich diese im Rahmen der Zwangskörperschaft leichter verwirklichen, da damit eine gut funktionierende studentische Organisation gewährleistet und eine Infrastruktur vorhanden ist.

Finanzautonomie – ein Wunschtraum in Bern

Seit dem Hirschy-Krawall von 1973 – einige Studenten brüllten in einer Veranstaltung einen hohen Militär nieder – fliessen die studentischen Gelder einer Kasse zu, in welcher eine Kommission deren Verteilung regelt. In dieser Kommission haben von Amtes wegen der Rektor und der Unisekretär und ein Dozent Einsitz. Die beiden Stütz, welche für die Studentenvertreter vorgesehen sind, blieben bisher vakant, da die SUB die Kasse als ein nicht legitimes Instrument zur Verwaltung von unseren Geldern betrachtet. Wie allerdings eine Finanzautonomie wiedererlangt werden könnte, darüber herrscht nicht durchwegs Einigkeit. Einige schlagen Einsitznahme in die Kasse vor, aber nur unter der Bedingung, dass die Zahl der Studentenvertreter auf deren vier erhöht wird, was faktisch eine Bevormundung von der anderen Seite aufheben würde; andere plä-

dieren weiterhin für Nichteseinsitznahme. Dass Einsitznahme unter den jetzigen Bedingungen einer «negativen Integration», das heisst einer Zementierung des Ist-Zustands ohne Aussicht auf Erlangung der Autonomie, gleichkäm, darüber ist sich mensch ziemlich einig.

Revision der Statuten der SUB – ein Weg zu einer breiteren Mobilisierung der Studenten?

Das Desinteresse der meisten in bezug auf studentenpolitische Belange wird von verschiedensten politischen Gruppen und Fachschaften wahrgenommen. Besonders drückend erscheint dies dem «Basiskomitee», welches eine grössere Mobilisierung der Studenten für seine Belange vor allem durch bestehende Strukturen verhindert sieht. Daher strebt es eine Revision der SUB-Statuten an, wobei die wichtigsten Änderungen folgendes betreffen: Der Studentenrat (Legislative) soll abgeschafft werden zugunsten des Instituts einer regelmässigen gesamtuniversitären GV, welcher die Funktionen und Entscheidungskompetenzen des Studentenrats übertragen würden. Des weiteren soll der Vorstand (Exekutive) personell aufgestockt und in Arbeitsgruppen aufgeteilt werden, zwecks einer breiteren Streuung der Tätigkeiten.

Eine gesamtuniversitäre GV wird sich demnach mit dieser Statutenänderung auseinandersetzen. Die Ausarbeitung eines Entwurfs zur Statutenänderung wird dann einer Arbeitsgruppe übertragen, welche an der GV zu bilden sein wird.

In der Frage der Aktivierung einer breiteren Basis darf allerdings nicht übersehen werden, dass einer solchen nicht bloss inneruniversitär Schranken im Wege stehen, vielmehr sind es gerade Strukturen und Machtverhältnisse im gesamtgesellschaftlichen Umfeld, welche eine solche lähmen. Strukturen und Subjekte stehen zwar in einer dialektischen Spannung, doch will gegenwärtig kaum ein grösserer Teil der Studierenden Unipolitik betreiben, denn in einer Zeit des relativen Wohlstands sind die Interessen vielfältig; der Nenner von gemeinsamen Anliegen ist sehr klein, auch wenn viele Studenten sich in einer psychischen Notlage befinden. Die marxistische Verelendungstheorie beziehungsweise die ihr zugrundeliegende Dialektik bewahrheitet sich (leider) auch heute: Mensch bewegt sich solidarisch, mit gemeinsamer Stossrichtung dann und nur dann, wenn er materielle Entbehrung leidet, das heisst, wenn die elementarsten Bedürfnisse und Triebe, wie der Hunger, nicht befriedigt werden. Dies ist die Kehrseite einer Kultur des Zwanges, die es erst zu überwinden gilt. Vorstand SUB/Bsch

Situation und Perspektiven des VSETH:

Beispiel einer Studentenschaft

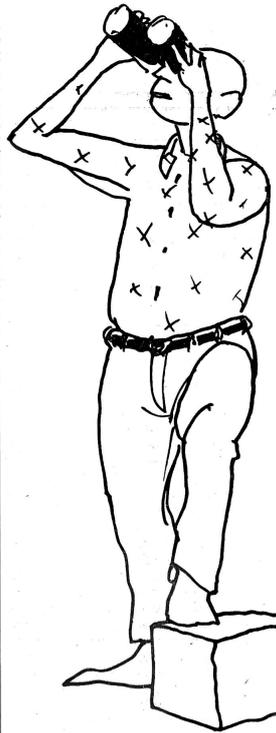
Ist der VSETH der Sonderfall einer Studentenschaft? Auf den ersten Blick scheint es fast so, denn als einzige offiziell anerkannte Studentenschaft basiert er auf privatrechtlichen Strukturen, und die Angriffe auf die Studentenschaften scheint er als einzige praktisch unverstärkt überstanden zu haben. Aber diese Unterschiede sind im ersten Punkt rein formell und im zweiten eben nur scheinbar. Im folgenden sei also versucht, einige Probleme des VSETH aufzuzeichnen, um dann von diesen ausgehend Perspektiven für die Arbeit der Studentenschaften in nächster Zeit zu entwickeln.

Genauso wie an den meisten anderen schweizerischen Hochschulen wurde auch an der ETH Zürich Anfang der 70er Jahre die Studentenschaft den Reaktionen entrisen, eine linke Mehrheit installierte sich. Und wie bei den anderen Studentenschaften setzten bald einmal die Versuche der Reaktion ein, diesen Verbannten mit formaljuristischen Mitteln zu zerstören. Diese Versuche, die ganz klar die Hoffnungslosigkeit dieser Elemente zeigt, ihre «Inhalte» zu vermitteln, konnten zwar beim VSETH nicht direkt gegen die Struktur gerichtet werden (wie bei der Uni Zürich und in Basel), da sich hier bei einem privatrechtlichen Verein kein Ansatzpunkt bot, sondern gegen die obligatorischen Beiträge. Es war seit je ein beliebtes Argument dieser Kreise: «Und das müssen wir auch noch bezahlen!» (ausser beim Militär natürlich).

Juristische Angriffe

Bei diesen juristischen Attacken zeigte sich die «privatrechtliche Struktur des VSETH als ein gewisser Vorteil. Da nie eine formelle Zwangskörperschaft bestand, konnte diese auch nicht aufgehoben werden. Auch die völlige Aufhebung der Finanzautonomie, wie sie in Bern stattfand, war bei einem privatrechtlichen Verein nicht möglich. Der einzige Einschnitt in die Finanzen des VSETH betraf die obligatorischen Beiträge. Diese dürfen nur für diejenigen Aktivitäten verwendet werden, die der Schweizerische Schulrat (unter dem Bundesrat das oberste Gremium der beiden ETH) als «öffentlich-rechtlich förderungswürdig» erachtet (der VSETH erhält von jedem Studenten einen obligatorischen Beitrag von 20 Franken im Semester; wer Mitglied im VSETH sein will,

zahlt zusätzlich 6 Franken pro Semester Mitgliederbeitrag), alles andere muss von den Mitgliederbeiträgen finanziert werden. Nachdem diese Angriffe gescheitert waren (mit zwei Bundesgerichtsentscheidungen), aber auch schon vorher, wurde von den gleichen reaktionären Kreisen versucht, über das Abprechen der «Repräsentativität» den VSETH zu schwächen, dies natürlich immer mit offener oder versteckter Unterstützung der ETH-Leitung (divide et impera). Und an dieser Front erwies sich nun die privatrechtliche Natur des VSETH als Nachteil, der die Vorteile bei



nicht so viele andere vernünftige Lösungen zulassen. Am Brennpunkt der «Bewegung» hat sich dann aber die Reaktion wieder geregt, und sie scheint eher den VSETH zerstören zu wollen, als ihn durch Arbeit zu verändern. Die Frage, die sich stellt, ist der Preis, der für die Integration der Reaktion in den VSETH bezahlt werden müsste. Wie hoch soll denn eine auf Schulebene funktionierende Studentenschaft eingeschätzt werden? Ein Vergleich mit der Uni Zürich zeigt, dass eine als einzige Vertreterin anerkannte Studentenschaft höher als bisher eingeschätzt werden muss. Eine Zwangskörperschaft würde diese Probleme wohl lösen, aber ich bezweifle, dass dann noch eine gute Studentenpolitik gemacht werden könnte. Ich ziehe das Problem der Repräsentativität eines privaten Verbandes gegenüber einer schlechten Zwangskörperschaft vor.

Die Unabhängigkeit müsste aber auf alle Fälle auch in einer Zwangskörperschaft gewahrt bleiben. An der ETH müssten in Zukunft linke Gruppierungen entstehen. Diese könnten den Verband politisch entlasten durch Druck von links. Auch könnten sie das Potential an Aktivisten vergrössern, da sie nicht durch Kompromisse gehindert wären, eine klare Politik machen könnten. Aber der VSETH darf auf keinen Fall wieder reaktionär werden, dies hat Priorität, auch für neue politische Gruppen. Beat Hultiger

Privatrechtlicher Verein oder Zwangskörperschaft

Und wer macht die Arbeit?

Die privatrechtliche Natur des VSETH hat sich in der heutigen Situation bewährt. Die Unabhängigkeit von den Strukturen der ETH und des Bundes ermöglicht eine eigene Politik des Verbandes. Es kann sogar mehr erreicht werden, da eine klare Verhandlungssituation gegeben ist und die Wünsche der Studierenden nicht zu früh abgefangen werden.

Die Situation im VSETH ist insofern verschieden von anderen Studentenschaften, als der VSETH die einzige relevante Struktur der Studierenden an der ETH ist. Es existieren keine anderen Gruppierungen, vor allem keine politischen, die auf Schulebene und darüber hinaus Studentenpolitik machen. Das lässt sich auch daraus erklären, dass das Potential an Aktivisten an der ETH praktisch ausgeschöpft wird durch den VSETH. Hier schlägt der schulische Charakter der ETH mit ihrem hohen Zeitaufwand fürs Studium durch. Aus dem Grund, dass möglichst alle Studierenden der ETH sich mit dem VSETH identifizieren können, ergab sich eine gemässigt linke Studentenpolitik mit einer erstaunlichen Konstanz. Eine Konstanz, die wahrscheinlich von den Problemstellungen herrührt, die gar

Basel

Gegen die organisierte Langeweile!

Erst vor zwei Semestern sollen die Strukturen der Stub gelockert worden sein. Wir meinen, dass auch die heutigen «neuen» Strukturen und die daraus resultierende Politik unserer Vorstellung einer bedingungsorientierten Unipolitik nicht entsprechen. Die organisatorische Arbeit verdrängt die Frage nach mobilisierenden Inhalten, wird selbst zum Inhalt.

Der ganze Zirkus (Sitzungen etc.) dreht sich um Themen wie Mensapreiserhöhungsboykott, Stipendieninitiative, Gremienwahlen. Irgendwie ist das alles wichtig, aber aufgezogen, ist für uns mühsam in seiner Ausschliesslichkeit, es sind Randproblematiken, rütteln keineswegs an der heutigen Art Uni, die wir ablehnen... insofern eben unwichtig... es geht darum, Argumentationen und Taktiken zu suchen, verständlich für die Basis zu sein, wie die Basis am besten mobilisiert werden kann, im Grunde um den bestmöglichen Verkauf der Ware Politik. Die Sitzungen funktionieren demokratisch, sind aber sehr ermüdend, die eigenen Bedürfnisse kommen zu kurz, es verläuft alles planmässig (mit Rednerliste, bei der mensch dann zu Worte kommt, wenn das Votum längst nicht mehr «angebracht» ist), sachlich und so.

Und ist die Lust vergangen, an solcher Stellvertreterpolitik mitzumachen, die letztlich bevormundet, weil diese Formen der Agitation nicht in erster Linie auf das Mündigwerden der Beteiligten zielen, sondern sich in traditionellen Formen von Politik bewegen (Strukturpolitik). Letztlich ist der Unterschied zwischen einer durchschnittlichen Univer- sion und einer durchschnittlichen Stub-Sitzung nur das politische Etikett. Wir wollen uns nicht ständig kastrieren, indem wir Inhalte in Kampagnen etc. pressen. Inhalte, die uns längst «klar» sind. Wir wollen uns selber weiterentwickeln können, uns stärken (eine Ebene ist zum Beispiel, statt sich über die Dozenten und über die Unwichtigkeit ihrer Vorlesungen aufzuregen und doch brav diesen Brei zu schlucken, argumentativ vorzugehen, den Monolog zu durchbrechen). Es muss uns vor allem darum gehen, das Erkannte umzusetzen, konkrete Veränderungen durchzusetzen, die wir erfüllen können, und nicht auf dem Papier stehende. Wir müssen die Trennung von Unipolitik und Studium überwinden (uns nert es, wie auch im «Kolibri» die Unzufriedenheit, mit der wir in diesem universitären Betrieb herumlaufen, ins Lächerliche gezogen und damit bagatelisiert wird). Wir meinen, dass das tägliche «Erfahren» von wissenschaftlicher Sinnlosigkeit ebenso wichtig ist und endlich in den Überlegungen der Stub einbezogen werden muss.

Bisher ist es so, dass viele Stub-Funktionäre im Chor über die Passivität der meisten Studierenden klagen aber in ihrer Arroganz und Ignoranz unfähig sind, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Ihre Selbstherrlichkeit lässt sie immer noch im Glauben, dass es denjenigen, die sich nicht in der Stub aktivieren (lassen?), an einer Krise revolutionären Bewusstseins fehlt. Diese Apparatschiks verdrängen ganz klare Facts: steter Mitgliederückgang, Desinteresse gegenüber den Stub-Inhalten und Niederlagen auf allen Ebenen. Demgegenüber wächst der Einfluss von «autonomen» Ideen: Es gibt unzählige Studis, die nicht in der Stub aktiv sind, mehr aus Solidarität denn aus Überzeugung den Semesterbeitrag einbezahlen, Studis, die durch die Kompromisschenpolitik der Stub vom Kämpfen an der Uni eher abgehalten als ermuntert werden. Wir meinen, dass die Stub in der heutigen Form eher eine offene, wirksame Revolte verhindert, Opposition kanalisiert. Die Stub ist eine integrierte Opposition, mit den In-



im SR, wo den Ohnmächtigen die Illusion des Mitentscheidens vorgesaukelt wird), um endlich gegen den Kern der erdrückenden Zustände zu kämpfen!

«Die autonome Emanzipation der Individuen ist die einzige Grundlage der klassenlosen Gesellschaft.» «Der Wille zur Macht ist die Umkehrung des Willens zum Leben.» (Raoul Vaneigem)

Das Ziel rechtfertigt die Mittel nicht, wir müssen «neue» Formen des Widerstands entwickeln. Wir dürfen uns – als ersten Schritt – nicht mehr auf das Glatteis der Herrschenden begeben. Es ist an der Zeit, Kraft und Energie der Kritik dort einzusetzen, wo die Unlust wuchert, in der sinnleeren Vermittlung von Wissen und damit in der Ausschaltung des Individuums als schöpferisches Wesen. Es gilt, ein solidarisches Lernen zu erreichen, das nicht die Anpassung an die herrschenden Verhältnisse fördert, sondern emanzipatorische Kräfte freisetzen kann. Es geht darum, aufzuzeigen, dass der bürgerliche Wissenschaftsbetrieb ein betriebliches Denken und menschliche Entfaltung verhindern will. Nicht theoretisches Bemühen an sich ist schlecht, sondern ihre Funktion als Bewahrer des unterdrückten Lebens.

«Die Theorie muss innerhalb konkreter Zustände und an bestehenden Verhältnissen klargemacht und entwickelt werden.» (Karl Marx)

Mit mehr Leidenschaftlichkeit und weniger Pragmatismus gegen die organisierte Langeweile

AOA (Aufbaugruppe Organisierte Autonomie)

(Diskussionstext für Sub-VV vom 3. Juli)

der rechten Minderheit im Verband darstellte. Selbstverständlich lag dieser Kompromiss nicht auf der reaktionären Seite, das hätte ja eine Pervertierung der verbandinternen Demokratie bedeutet; es kann ebensowenig ein Studierender gleich welcher politischen Ausrichtung behaupten, dass er seine Vorschläge und Argumente nicht einbringen konnte.

Was ist Repräsentativität?

Da ein guter Reaktionär natürlich davon überzeugt ist, dass auch unter den Studenten eine reaktionäre Mehrheit zu existieren hat («... weil, so schliesst er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf»), entstand mit dem SOS für diese Kreise ein sehr bequemes Schwarzweissbild: Auf der einen Seite im VSETH ein paar Linksextremisten – etwa im Stil kommunistischer Kindflösser

–, die ihr dunkles Tagwerk trieben und die armen naiven ETH-Studenten und Studentinnen vergewaltigten (natürlich geistig und politisch). Dem gegenüber standen im SOS die Volkstrüben der «schweigenden Mehrheit», die Gralshüter unserer freien demokratischen Ordnung, die ihren heldenhaften Kampf gegen die bösen Unterwanderer führten. Das Aufkommen dieses absurden und von gewissen Kreisen sicher wider besseres Wissen verbreiteten Bildes war nur möglich im Zusammenhang mit einem Repräsentativitätsbegriff, der praktisch verlangt, dass durch die Studentenschaft die Meinung des hintersten und letzten Studenten vertreten wird, ob er sie nun äussert oder nicht. Eine Ansicht von Repräsentativität, die unerreicherbar, aber auch schon vom Ansatz her verfehlt ist:

Fortsetzung auf Seite 10



Noch in diesem Jahr soll die Entscheidung fallen:

Hochschulzugang für Seminaristen erschwert?

Seit Anfang der siebziger Jahre wird die Unterschlebung, der Abschluss eines Lehrerseminars sei qualitäts- und niveaumässig nicht äquivalent einer Maturität, in diversen Kommissionen hin- und hergeschoben. Weil in der Lehrerausbildung das Schwergewicht der Fächerkombination anders gesetzt ist als in einem Gymnasium, wird gefordert, dass es den Seminarabsolventen (innen) an der «Allgemeinbildung im Sinne einer Hochschulreife» mangle. Für solche Leute soll der Olymp nur mehr über die Hürde einer Prüfung erreichbar sein, weil sonst die «Qualität abnehmen» würde.

Ein erster Versuch, solche kuriose Gedanken in Tat umzusetzen, versandte irgendwann zwischen 1978 und 1980. Dieses Jahr soll nun eine Regelung getroffen werden. Die kantonalen Erziehungsdirektoren und die Seminarleiter waren schon immer gegen die Einführung einer generellen Prüfung, der Beruf des Primarlehrers soll keine Sackgasse sein! Inher angeschlossen hat sich auch die Uni Zürich, die 1978 noch die Qualitätskontrolle befürwortete. Sie empfiehlt heute eine Erweiterung des Fächerangebots im Sinne der Maturitätsanforderungen während des Seminars. Wer was wann entscheidet, ist undurchsichtig. Jedenfalls: Eine Prüfung ist inakzeptabel.

Der Zufall wollte es, dass am gleichen Tag, als der Senatsausschuss der Uni Zürich über seine Empfehlung zum Problem zu befinden hatte, im «Tages-Anzeiger» das lückenlose Zustandekommen der «Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge» gefeiert wurde. Gillen sprach von einem «Glücksfall des Federalismus», war allerdings nicht unwesentlich daran beteiligt, diesem Glücksfall etwas auf die Sprünge zu helfen. Die Vorgabe an den Stimmbürger lautete nämlich: Entweder bezahlt die jeweilige Kantonskasse die 3000, später 4000 und 5000 Stutz pro Student an die Universitätskanton, oder der Einzelne hat sie selbst zu blechen, wenn er studieren will. Dieser Rückschritt in graue Vorzeiten war wohl den Stimmdenen doch etwas zu eklatant, und so gab's reichlich ein Ja. Der «Tagi»-Kommentator spricht von einem dunklen Hintergrund, denn u. a. «hätte die ungleiche Behandlung schweizerischer Studenten im Falle von Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen nicht nur bildungs- und gesellschafts-, sondern auch staatspolitisch verheerende Folgen haben müssen». Auch wenn es sich bei den Lehramtsabsolventen «nur» um eine Zulassungser-

schwerung in Form einer (sinnlosen) Prüfung handelt und die Lehrpläne an den einzelnen Seminaristen unterschiedlich sind: es ist – insbesondere in ländlichen Kantonen – nicht anzunehmen, dass die Abstimmdenen damit gerechnet haben, dass ihr bildungshungriger Nachwuchs – zwischen 10 Prozent und 20 Prozent der gesamten Studentenzahl – nachdem die Finanzbarriere auf dem Weg geschafft wurde, nun einfach eine andere Hürde vorgesetzt bekommt, sofern der/die Betreffende nicht schon in jungen Jahren eingesehen hat oder einsehen musste, dass nur die Maturität den Weg zur Vollendung der Person ebnet kann.

Das Zustandekommen des Konkordats dürfte mit einem Grund sein, warum die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), wo die Nicht-Hochschul Kantone in der Mehrheit sind, nun darauf drängt, dass bis Ende 1981 eine Lösung für dieses Problem gefunden wird. Die EDK hat ihre Position schon 1977 festgelegt: sie geht aus von der vollen Gleichwertigkeit des maturitäts- und seminargebundenen Ausbildungswegs für Primarlehrer, unter der Voraussetzung, dass bestimmte Anforderungen bezüglich Fächerzusammenstellung (eben wegen der Allgemeinbildung . . .) und der Ausbildungszeit erfüllt sind. Da zu möchte die Schweizerische Seminarleiterkonferenz, die am gleichen Strick wie die EDK zieht, einen Rahmenplan erarbeiten und die Studienzeit verlängern. Dass die Seminaristen trotzdem in Aussicht genommenen Anordnungen weiterhin auf den Lehrerberuf vorbereiten wollen, scheint einleuchtend.

Doch genau diese Tatsache passt den Prüfungsanhängern nicht. Die Immatrulationskommission (IK) der Schweizerischen Hochschulrektorenkonferenz (SHRK) sieht, weil die Seminaristen Berufsschulen bleiben wollen, die Aquiva-

lenz mit den Gymnasien nicht gegeben, weil gewissen Fächern nicht ganz so ausgiebig gefördert wird (oder nicht gleichviel Stoff durchgepaukt wird) wie am Gym. All das geht zu Lasten der Allgemeinbildung = Hochschulreife, und in der Auslegung dessen, was diese Glückseligkeit beinhalten solle, stützt sich die IK – und mit ihr die zürcherisch-kantonale Maturitätskommission (KMK) – auf die Schweizerische Maturitätsverordnung. Dort heisst es (Artikel 7, Abs. 1):

«Ziel der Maturitätsschulen aller Typen ist die Hochschulreife. Sie besteht im sichern Besitz der grundlegenden Kenntnisse und in der Fähigkeit, selbständig zu denken, nicht aber in möglichst weit vorangetriebenen Fachwissen. Die Maturitätsschulen streben dieses Ziel der Hochschulreife an durch eine ausgewogene Ausbildung des Verstandes, des Willens, der Gemütskräfte und des Leibes.»

Rückwärtsgerandete Elitär-Humanisten, für die die Teilschaffung des Lateinobligatoriums bereits der Anfang vom Ende dessen bedeutet, was sich Bildung nennen darf, sehen in einer praxis- und handlungsorientierten Lehrerausbildung nur schönes Fachwissen. Sie wollen immer noch nicht erkennen, dass der klassische Humanismus bestenfalls das individuelle Selbstwertgefühl zu stärken vermag, in seiner ethisch-sozialen Dimension jedoch völlig versagt hat: Rüstung, Grosstechnologie, Computerüberwachung, fragwürdige Spitzenmedizin – das Ansehen der Wissenschaften sinkt und sinkt, in den Gymnasien und Hochschulen werden den Auszubildenden mehr denn je riesige Stoffquantitäten zugemutet, Verarbeitung und Umsetzung des Gelernten in praktische Handlungsfähigkeit bleiben ausgeklammert. So ist es und so soll es bleiben! Die Immatrulationskommission schlägt darum für alle Lehrediplomhaber eine Prüfung in drei Fächern, die über die Hochschulaufnahme entscheiden, vor:

- zweite Landessprache
- eine zweite Fremdsprache (oder eine alte Sprache)
- Mathematik

Die Hochschulreife erweist sich, indem der Prüfling mindestens einen Durchschnitt von 4 erreicht, zwei Noten unter 4 oder eine Note unter 3 (SHRK) das Bestehen der Prüfung aus. (Ausge-

schlossen bleiben die ETH und die Medizinalfächer.) Abgesehen davon, dass es wirklich witlos ist, die Lehrer, die zum grossen Teil Pädagogik, Psychologie und andere Phil.-I-Fächer studieren, in Mathematik zu prüfen, soll sich jeder und jede stolze Maturitätsinhaber(in) an dieser Stelle einmal fragen, wieviel Maturitätsstoff er/sie für das Studium gebrauchen konnte und, falls die Antwort negativ ausfällt, wieviel er/sie davon noch weiss . . .

Andererseits bringen die Lehrer(innen) eine ganze Menge Fähigkeiten mit, die vielen Hochschulangehörigen gut anstehen würden: die didaktisch-methodische Ausbildung im Seminar ermöglicht auch persönlich ein produktiveres Lernen, oft entschlossen sich Lehrer(innen) erst nach einigen Jahren Berufstätigkeit für eine Weiterbildung an der Universität, d. h., ihre Motivation, ein bestimmtes Studium zu beenden, ist grösser. Sie sind viel eher sach- als prestigeorientiert, wohnen oft in ihre angestammten Kantone, wo sie aufgrund ihres niedrigen Aspirationsniveaus tatsächlich Arbeitsplätze finden, zurück und durchbrechen damit die Abwanderung der sogenannten geistigen Elite von der Peripherie ins Zentrum. Zu allem Überfluss werden diese generellen Tatsachen noch durch eine Untersuchung untermauert, die sämtliche Neumatruierten des Jahrgangs 1965 umfasst*. Danach wiesen die Lehrer mit 63,8 Prozent die höchste Studienabschlussquote auf, stellten am wenigsten Langzeitstudierende und folgerichtig standen sie mit einer mittleren Studierendauer von 7,7 Semestern (Absolventen + Abbrecher) am besten da. Da sich soziale Daten nur sehr langsam ändern, dürften die Zahlen auch heute noch zutreffen, insbesondere bildet genau der Lehrkörper, gewöhnlich auf Lebenszeit gewählt, einen hinlänglich retardierenden Faktor . . . Die Prüfungshänger ihrerseits haben überhaupt keine Zahlen anzubieten, weder alte noch neue, und widerlegende schon gar nicht.

Wie geht's weiter?

Die Universität Zürich hat, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Senatsrat, der erst Ende Januar 1982 tagen wird, ihrem Vertreter in der Immatrulationskommission der Hoch-

schulrektorenkonferenz empfohlen, sich für eine politische Lösung einzusetzen:

In einem ersten Schritt sollen die Hochschulkantone den Stoffplan ihrer eigenen Seminare für einen prüfungsfreien Hochschuleintritt ausbauen. In einem zweiten Schritt sollen sie die Nicht-Hochschulkantone in ihrem Einzugsgebiet zu einem ähnlichen Schritt bewegen, um dann eine gegenseitige Anerkennungsvereinbarung abzuschliessen, womit die Sache in Butter wäre.

Die Immatrulationskommission, die bisher eine prüfungsfreundliche Haltung einnahm, wird beim Erscheinen dieser Zeitungs bereits getagt haben (3. Juli) und eine Empfehlung zuhanden der Hochschulrektorenkonferenz aussprechen. Diese wird im Herbst tagen und ihrerseits eine Empfehlung zuhanden der Schweizerischen Hochschulrektorenkonferenz, die wesentlich breiter zusammengesetzt ist (Nicht-Hochschulkantone, Wirtschaft, aber auch der Verband Schweizerischer Studentenschaften) aussprechen.

Allerdings besitzen die einzelnen Hochschulen weitgehende Immatrulationsautonomie, deshalb die heute bestehenden Unterschiede in der Aufnahmepraxis. Aus dem gleichen Grund erfolgte die Empfehlung der Uni Zürich vorbehaltlich der Genehmigung durch den Gesamtsenat (= alle Profs der Uni), zum anderen steht z. B. heute schon fest, dass die Uni Freiburg ab 1982 Seminarabsolventen prüfungsfrei aufnehmen wird.

Das ganze Problem wurde hier in extenso aufgerollt, damit, obwohl die Zeichen nicht schlecht stehen, nicht doch noch ein Fehler passiert. Geeignete Leser, die sich bis zum Schluss durchgekämpft haben, werden sagen: Schön und gut, aber was können wir tun? Wer kommt aus diesem Institutionen-Puff überhaupt noch draus? Hier können wir nur sagen: Sorry! Sinnvoll erschienene uns, wenn sich die Betroffenen, sei es im Seminar, an der Uni oder sonstwo, zusammentun und in einem ersten Schritt einmal die Position ihrer jeweiligen Oberbehörde ergründen bzw. erfragen. Aufgrund dieser Informationen können Verlaubarungen, Aktionen etc. erörtern und durchgeführt werden. Im ureigensten Interesse.

Martin Mani
Eli Schönbucher

Vertreter der Studentenschaft im Senatsausschuss der Uni ZH

*Dr. Heinz Ries: «Der Studienfolg der Studierenden mit einem Maturitätszeugnis der Eidgenössischen Maturitätskommission». Die Zahlen bezüglich der Lehrer sind also ein Nebenprodukt dieser Untersuchung!

Fortsetzung von Seite 9

Um repräsentativ zu sein, muss eine Organisation und ihre Vertreter sicher nicht bei ein paar tausend Mitgliedern um ihre Meinung nachfragen, um einen von allen Angehörigen der betreffenden Gruppe (in unserem Fall der ETH-Studenten) getragenen Kompromiss zu vertreten. Sie muss lediglich allen Gruppenangehörigen offenstehen und in ihren demokratischen Strukturen allen Aktiven ohne allzu grossen Aufwand die Mitbestimmung ermöglichen. Eine «schweigende Mehrheit» gegen eine demokratisch zustande gekommene Entscheidung auszuspielen ist schon deshalb nicht möglich, weil sich diese «Mehrheit» ja eben entschieden hat, zu schweigen.

Neue, undemokratische Gruppierungen

In die gleiche «Tradition» des oben erwähnten Versuchs des SOS stellt sich auch die Gründung eines eigenen, vom VSETH unabhängigen Fachvereins eines Teils der Bauingenieurstudenten. All diese Versuche waren und sind aber zum Scheitern verurteilt, da die «schweigende Mehrheit» sich nicht auf diese Weise missbrauchen lässt oder aber durch den VSETH gar nicht so schlecht vertreten wird, wie das die reaktionären Kreise gerne hätten. In dieser Situation stellt sich nun die Frage, ob und wenn ja, wie weit von einer demokratisch innerhalb der Studentenschaft zustande gekommene Entscheidung abgesehen werden kann, um die erwähnten undemokratischen Elemente zu integrieren. Denn diese Gruppen haben notabene schon innerhalb der Strukturen die Möglichkeit, ihre Ansicht einzubringen, und formieren sich nur deshalb ausserhalb, weil sie erkannt haben, dass sie keine Mehrheit der Studierenden hinter sich bringen können. Aber nur mit dieser Integration, die faktisch einer kleinen Minderheit eine Art Vetorecht zugestehen, kann man dem von offiziellen Stellen ganz bewusst zur Schwächung der Studentenschaften vertretenen Repräsentativitätsbegriff gerecht werden. Und wenn wir – inhaltlich sicher richtig – uns so nicht erpressen



lassen, müssen wir bereit sein, dass uns jederzeit wieder das Vertretungsrecht für die ETH-Studenten abgesprochen wird.

Die Politik des VSETH

Bei all diesen Versuchen, die Studentenschaft zu schwächen, muss man sich zuerst einmal fragen, was denn dieser Verband für eine Politik betrieben hat, und wo diese erfolgreich war oder mindestens dem Erfolg nahestand. Denn dass eine Studentenschaft von den Handlangern und Marionetten des Grossbürgertums verkertzt und zu zerstören versucht wird, liegt sicher nicht an irgend einer Pressemitteilung oder an der (so wieso nicht sehr erfolgreichen) Unter-

stützung einer unbequemen Initiative einer linken Gruppe. Solche Ereignisse können den Machthabern wohl kaum mehr als ein müdes Lächeln entlocken. Diese Kreise sehen sich erst dann zum Eingreifen veranlasst, wenn ihre Machtposition gefährdet wird.

Die Furcht der Mächtigen lag wohl eher darin begründet, dass über die Aktivitäten der Studentenschaften in den Bereichen Wissenschafts- und Ideologiekritik ein nicht zu unterschätzender Teil der Akademikerklasse sich nicht mehr als bequemes Werkzeug des Grosskapitals benutzen lässt. Und diese Befürchtung ist recht real: Sobald sich ein Teil der «Bildungselite» nicht mehr bereit erklärt, als Postenhalter zur Sicherung des Grossbürgertums zu fungieren, sondern

ihn an der Universität erarbeitete Instrumentarium in den Dienst der gesamten Gesellschaft, das heisst deren untermächtigsten Schichten und folglich gegen das Grossbürgertum einsetzt, kommt dessen Herrschaft ins Wanken. Die Reaktionen auf das Projekt «Community Medien» am ethnologischen Seminar der Universität Zürich im letzten Herbst und die Schwierigkeiten, die der Fortführung des «Projektorientierten Studiums» an der naturwissenschaftlichen Abteilung der ETH Zürich gemacht wurden, belegen diesen Ansatz. Daraus folgt natürlich auch, dass sich die Aktivitäten der Studentenschaften wieder vermehrt auf das eigene Kampffeld – also die Hochschulen und die Wissenschaft – konzentrieren müssen, denn genau dort, wo die

überreizten Reaktionen der Handlanger des Kapitals einsetzen, offenbaren diese ihren schwachen Punkt. Konkret heisst das: Wissenschaftskritik, also einerseits Kampf um inhaltliche Studienreform, auf der anderen Seite Forschungspolitik.

Und die alten Stellungen?

Soll mit diesen Ausführungen etwa gesagt werden, dass die bis jetzt geführten Kämpfe um Mitbestimmung an den Hochschulen, Studienreform im didaktischen Bereich, das politische Mandat der Studentenschaften etc. unnötig, gegenstandslos seien? Sicher nicht. Ohne Mitbestimmung ist eine inhaltliche Studienreform kaum möglich, ohne didaktische Verbesserungen im Unterricht sind die Studierenden kaum in der Lage, sich mit kritischen Inhalten auseinanderzusetzen, und das politische Mandat wird erst wichtig, wenn die wissenschaftskritischen Ziele verfolgt werden, denn kritische Wissenschaft, die sich nicht bloss damit begnügt, die auf einer bürgerlichen Ideologie aufgebauten Wahrheiten zu rezipieren, ist nicht mehr von Politik zu trennen. Folglich müssen die erwähnten Kämpfe weitergeführt werden, allerdings nicht mehr als Selbstzweck, sondern mit dem richtigen Stellenwert als Nebenschauplatz des wissenschaftlichen Frontabschnitts des Klassenkampfes. Der Schwerpunkt auf diesem Frontabschnitt muss aber ganz klar auf dem Gebiet der Wissenschaftskritik liegen. Diese wissenschaftskritische Arbeit darf nicht im Elfenbeinturm der Hochschule bleiben, die Kritik an der von der bürgerlichen Wissenschaft vertretenen Wahrheiten muss an die Öffentlichkeit getragen werden, die Mechanismen der Hochschulen bei ihrer Arbeit im Dienst der herrschenden Klasse müssen offen und verständlich dargelegt werden, erst mit einer solchen Entlarvung dieses grossbürgerlichen Machtinstruments wird es der gesamten Gesellschaft möglich, ihre Interessen gegenüber den Hochschulen zu vertreten! Und genau mit dieser Arbeit, für die die Studentenschaften prädestiniert sind, wird diese Gruppe gesellschaftlich und politisch wieder relevant und kann aus ihrer aktuellen Isolation ausbrechen.

— VSETH-Vorstand